

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1976

LINZ 1977

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Reinhold Hinterleitner (Linz):	
Die Linzer Polizeidirektion in der Ära Metternich. Ihre politische und soziale Bedeutung im Vormärz von 1815 bis 1848	11
Traute Zacharasiewicz (Wien):	
Die Dichterin Emilie von Binzer und der Linzer Kulturkreis der Stifter-Zeit	79
(Bildtafeln I bis VIII)	
Georg Wacha (Linz):	
Wiener Votivkirche und Linzer Dom	149
Werner Kulczycki (Linz):	
Bürgermeister Josef Dametz	183
(Bildtafeln IX und X)	
Hans Hülber (Wien):	
Hans Steinhülber, Richter und Mautner zu Linz 1378 bis 1382 . . .	221
(Bildtafeln XI und XII)	

WERNER KULCZYCKI

BÜRGERMEISTER JOSEF DAMETZ*

ALLGEMEINE WÜRDIGUNG DER PERSÖNLICHKEIT UND DES
WIRKENS VON JOSEF DAMETZ

Vor 50 Jahren starb in Linz am 21. September 1927 Josef Dametz, Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz von 1919 bis 1927, im sechzigsten Lebensjahr. Für die Stadt ist das ein verpflichtender Anlaß, dieses bedeutenden Gemeindepolitikers der Zwischenkriegszeit ehrend zu gedenken. So mancher Linzer wird sich schon gefragt haben, wer wohl Dametz war, kennt doch jeder die Dametzstraße als eine der Durchzugsstraßen der Landeshauptstadt. Nur der älteren Generation der Linzer Bürger ist der Name noch fest im Bewußtsein. Sie erinnern sich noch an den ersten wirklich volkstümlichen Bürgermeister der Stadt.

Die folgenden Zeilen sollen dazu beitragen, das Erinnerungsbild dieses Mannes aufzufrischen und zu ergänzen, das Schicksal eines opferreichen, von rastlos aufbauender Arbeit erfüllten Lebens vor Augen zu führen.

Dametz war stets eine Kämpfernatur, ein Selfmademan, der sich aus einfachem Arbeitermilieu zum ersten Bürger der Stadt emporgearbeitet hatte. Es versteht sich von selbst, daß er sich der damals freilich noch in den Anfängen befindlichen oberösterreichischen Arbeiterbewegung anschloß und sie dabei gleichzeitig als emsiger Agitator und Organisator in die Höhe führte: Er kannte das Elend des Proletariats aus eigener Anschauung und setzte sich den Aufstieg der Arbeiterklasse zum Lebensziel. Allerdings waren dafür damals, in der Kampfzeit der Sozialdemokratie, Opfermut und ein wahrer Idealismus erforderlich, denn statt Ehren, Würden und einträglichen Ämtern winkten der eigene wirtschaftliche Ruin und Angriffe von allen Seiten. Josef Dametz war nie Utopist, und das bewahrte ihn oft vor Enttäuschungen, auch in materieller Hin-

* Die Schriftleitung nahm den sich heuer zum 50. Male jährenden Todestag von Bürgermeister Josef Dametz zum Anlaß, diese Studie aufzunehmen. Es handelt sich dabei um einen Auszug aus einer bei Herrn Univ.-Prof. Dr. Erich Zöllner, Wien, derzeit in Arbeit befindlichen Dissertation.

sicht. Persönlicher Aufwand war ihm immer fremd. In allen Zweigen seiner beruflichen und politischen Tätigkeiten zeichnete er sich durch gründliche Sachkenntnis und — was für den Politiker vor allem wichtig war — durch Instinkt für das Mögliche aus.

Hier muß auf die Vielseitigkeit seines Wirkens eingegangen werden. Von Beruf war Dametz gelernter Buchdrucker. Die Arbeit als Schriftsetzer in Linzer Druckereien hätte das Leben eines durchschnittlichen Menschen durchaus ausgefüllt bei oft dreizehnstündiger Arbeitszeit täglich, unter ungünstigen Arbeitsbedingungen und fünf Gulden Wochenlohn. *Das waren die kleinlichen, altväterlichen Zustände der guten, alten Zeit, in der die österreichischen Druckereihilfen noch um die Beseitigung der Sonntagsarbeit kämpfen mußten*, schreibt Dametz selbst in „seiner“ Zeitung, dem Tagblatt, im Jahre 1919, als er anlässlich seiner Wahl zum Bürgermeister auf den harten Weg des Aufstieges zurückblickte.¹ In den neunziger Jahren begann er sich neben seinem Beruf auch politisch und gewerkschaftlich zu betätigen. Im Kreise seiner Arbeitskollegen erkannte man bald seine Führungs- und Organisationstalente. Mit Weiguny, Neander und Spielmann baute er aus kleinen Anfängen die oberösterreichische Landespartei auf, stand er am Beginn der oberösterreichischen Gewerkschaftsbewegung, und ebenfalls von Anfang an war er als tatkräftiger Mitarbeiter dabei, als es galt, eine Parteipresse zu gründen. Sein Wirken auf diesem Gebiet war schon vom Beruf her naheliegend. Als endlich 1905 die Sozialdemokraten zum erstenmal in den Linzer Gemeinderat einzogen, war wieder Josef Dametz unter den zehn Männern, die sich der bürgerlichen Mehrheit entgegenzustellen versuchten, um den Ideen seiner Partei auf der Ebene der Gemeindepolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Die Krönung der politischen Laufbahn, aber auch der Höhepunkt seines Lebens als bodenständiger Patriot war die Wahl zum Bürgermeister seiner Vaterstadt im Jahre 1919. Die Bedürfnisse einer werdenden Großstadt erkennend, leitete er die Geschicke der Stadtgemeinde Linz in den schweren Nachkriegsjahren und meisterte viele Schwierigkeiten so hervorragend, daß er, von seinen Freunden verehrt und von seinen politischen Gegnern geachtet, zweimal, in den Jahren 1923 und 1927, wiedergewählt wurde. Diese Zeit wird noch besonders zu würdigen sein.

Zusammenfassend betrachtet, umfaßt das öffentliche Wirken von Josef Dametz folgende Hauptbereiche: Partei- und Parteipresse, Gewerkschaft und Gemeindepolitik.

Zunächst soll uns aber eine knappe Lebensskizze den Menschen Dametz näherbringen.

BIOGRAPHISCHES

Josef Ignaz Dametz wurde am 26. Mai 1868 in der Linzer Vorstadt Weingarten (später Kapuzinerstr. 8) als Sohn des Schuhmachers Josef Dametz (katholisch) und seiner Frau Franziska, geborene Koch, Tochter des Josef Koch, von Beruf Kanzlist, und Franziska, geb. Schreiber, beide katholisch, geboren.² Sein Vater starb früh. Seinen drei Geschwistern gegenüber zeigte Josef stets tiefe Verbundenheit. Schwester Maria wollte Lehrerin werden, doch durch den Tod des Ernährers der Familie war sie gezwungen, Modistin zu werden. Der jüngere Bruder, Max, studierte in Wien an der Universität Germanistik und lebte hauptsächlich in Wien als Professor. Trotz spärlichen Lohnes sandte Josef ab und zu seinem Bruder Geld und Bücher aus Deutschland während seiner „Walzzeit“. Der ältere Bruder, Gustav, besaß auf der Promenade in Linz ein gutgehendes Herrenhutgeschäft. Die Mutter mußte die Kinder die längste Zeit allein aufziehen. Sie tat es mit viel Energie, Arbeitsamkeit und Liebe. Die Geschwister lebten nicht nur im Elternhaus im besten Einvernehmen, das beweist zum Beispiel der Briefwechsel der Brüder, als Josef in Süddeutschland als Buchdruckergehilfe arbeitete. So schrieb Max an Josef nach Ravensburg, daß auch er als Jüngster bald hinaus müsse ins feindliche Leben, da erinnere man sich wohl an die Zeit, wo sie alle glücklich nebeneinander waren, *immer als die einander innig liebenden Brüder*.³

Nach dem Besuch von vier Volks- und Bürgerschulklassen kam Dametz als Schriftsetzerlehrling in die alte Preßvereinsdruckerei in die Rathausgasse in Linz. Von der fünfjährigen Lehrzeit erfolgte ein Nachlaß von einem halben Jahr, und zu Neujahr 1887 war er Gehilfe.

Dametz schilderte den nächsten bedeutenden Lebensabschnitt mit folgenden Worten: *Dann kam so etwas wie eine Sturm- und Drangperiode über das junge Gemüt, die Sehnsucht, die Welt kennenzulernen. Hinaus ins deutsche Reich! Das waren schöne Zeiten, von denen nur eine wehmütige Erinnerung geblieben ist*.⁴

April 1890 begab sich der ausgelernte Buchdrucker nach damaligem guten Brauch auf die „Walz“ nach Süddeutschland, wo er in Ravensburg und Stuttgart Arbeit fand. Ein Zeugnis vom 8. 1. 1891, ausgestellt von einer Ravensburger Buchdruckerei, bescheinigt dem Schriftsetzer aus Linz, daß er vom 19. 5. 1890 bis 8. 1. 1891 als Zeitungssetzer hierorts beschäftigt war. Die Arbeit habe er *zu vollster Zufriedenheit ausgeführt*. In einem ähnlichen Zeugnis, datiert vom 6. 2. 1892 aus Stuttgart, wird er von der Buchdruckerei Glaser und Sulz *bestens empfohlen*.⁵ Auf dieser „Walz“

konnte der junge Gehilfe seiner Natur- und Sangesfreude, die ihm stets eigen war, Ausdruck geben. In einem Brief aus Stuttgart schrieb er, die Umgebung der Stadt sei ein wahrer Genuß. Als Mitglied eines Gesangschores werde er auf Kosten der Vereinskasse zu Pfingsten nach Heilbronn fahren. Im übrigen fühle er sich als armer, aber gesunder und lustiger Handwerksbursch. In einem anderen Brief erfahren wir von ausgedehnten *Bodensee-Partien* und weiten Fußmärschen in Süddeutschland.⁶ Soweit es die freie Zeit zuließ, unternahm Dametz auch später in der Umgebung von Linz Wanderungen und war ein treuer Anhänger der Naturfreunde-bewegung. Was das Singen betrifft, soll er schon im Kirchenchor der Linzer Stadtpfarrkirche aktiv gewesen sein. Sein nahes Verhältnis zur Musik dokumentiert sich ebenso in der Tatsache, daß Dametz Mitbegründer und Ehrenvorsitzender des OÖ. Brucknerbundes und darüber hinaus ein begeisterter Mitkämpfer für die heimische Brucknersache war und den Bau eines Bruckner-Festspielhauses für Linz plante. Im Zusammenhang mit den kulturellen Bestrebungen von Josef Dametz sei erwähnt, daß er eine besondere Liebe zum Theater, zur Literatur und zum Büchertwesen im allgemeinen empfand. In seiner Jugend wird er als „Theatergeist“ bezeichnet, und aus den deutschen Klassikern soll er auch später gerne deklamiert haben.⁷ Als Bürgermeister sorgte er für Subventionen des Linzer Landestheaters und der Behebung der leidlichen Theatermisere sowie für die gedeihliche Entwicklung der Stadt- und Studienbibliothek.

Der Aufenthalt in Deutschland war für die weitere Interessensausrichtung von Dametz besonders wichtig, denn von da an datiert eine *immer reger werdende Anteilnahme an der Arbeiterbewegung, die mich nun nicht mehr losgelassen hatte*.⁸ In Briefen an seine Brüder berichtet er von erfolgreichen Buchdruckerstreiks. Es gehe um Lohnerhöhungen, um Arbeitszeitverkürzung und um das Streikrecht an sich. Die sozialen Zustände in seiner Berufssparte seien schlecht.

Zurückgekehrt in die Heimat, war nun zur Betätigung reichlich Gelegenheit vorhanden, *gewerkschaftlich und politisch ein wahres Kampfesleben mit viel Erfolg und mit mancher Enttäuschung, aber doch immer wieder mit einer schließlichen Befriedigung*.⁹

Im Frühjahr des Jahres 1892 war Dametz wieder in Linz und fand eine Anstellung in J. Wimmers Buchdruckerei, wo er bis Mai 1898 in Arbeit stand. Laut Zeugnis vom 4. 6. 1898 war Dametz ein *sehr verwendbarer, in allen Satzarten bewandelter Gehilfe* gewesen. Sein Austritt erfolgte *infolge seiner Einberufung zur aktiven Dienstleistung*, die drei Monate

dauerte.¹⁰ Anschließend fand Dametz in der Druckerei Kollndorfer Arbeit. Er erwarb sich damit eine langjährige Praxis als Buchdrucker.

In die letzten neunziger Jahre fiel der Beginn der parteipolitischen Tätigkeit, verbunden mit der Kandidatur bei verschiedenen Wahlen, ebenso die Mitarbeit in der Parteipresse (ab 1897). Versamlungs- und Wahlreisen im ganzen Land füllten die freien Wochenenden aus.

Am 30. November 1899 heiratete Josef Dametz im Alter von 31 Jahren in Linz in der Kapuzinerpfarre Katharina Blacher, geboren 1874 in Linz, röm.-kath., Hilfsarbeiterin in der Preßvereinsdruckerei. Sie war die Tochter des Ferdinand Blacher, von Beruf Tischler, und der Magdalena, geborene Fastner, beide wohnhaft Römerstraße 18 in Linz.¹¹ Aus dieser Ehe entstammen zwei Töchter und zwei Söhne: Fanny, Luise, Fritz und Max. Dametz führte stets ein gutes Eheleben, in dem kein schlechtes Wort fiel. Den Kindern gegenüber soll er ein strenger, aber gerechter Vater gewesen sein.¹²

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts liegen die Anfänge von Dametz' gewerkschaftlicher Tätigkeit; im Jahre 1905 erfolgte der Eintritt in die Kommunalpolitik. Die erste Phase dieser Gemeinderats-Mitgliedschaft endete 1911. Dametz widmete sich in den folgenden Jahren der Gewerkschaftsbewegung, dem Ausbau der Parteidruckerei „Gutenberg“ und der redaktionellen Betreuung der Parteizeitung „Wahrheit!“, dem späteren „Tagblatt“.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie begann für Österreich eine neue Zeit in einem klein gewordenen Staat. Gleich vom ersten Tag an finden wir Josef Dametz als Mandatsträger öffentlicher Körperschaften im Dienste der jungen demokratischen Republik: Seit 16. November 1918 war er Mitglied des Provisorischen Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz und seit 18. November 1918 Mitglied der Provisorischen Landesversammlung für Oberösterreich. Beiden Organen gehörte er als ständiges Mitglied bis zu seinem Tode an. Die große Stunde der Bewährung schlug für Josef Dametz, als er in der konstituierenden Sitzung des nach dem neuen Gemeindewahlrecht zusammengetretenen Gemeinderates einstimmig zum Bürgermeister der Stadt Linz gewählt wurde. Die Nachwelt weiß, daß es ihm gelungen ist, aus Not und Elend ein neues, größeres und schöneres Linz aufzubauen. Er ist ein über den Streitigkeiten der Tagespolitik stehendes, loyales, Gegensätze ausgleichendes allseits beliebtes Stadtoberhaupt gewesen.

In den letzten beiden Lebensjahren war seine Gesundheit angegriffen, besonders ein Prostataleiden machte ihm zu schaffen. Im Sommer 1927

weilte er, wie schon die Jahre vorher auch, in Badgastein auf Kur. Am 17. September wurde wegen einer eitrigen Infektion im Allgemeinen Krankenhaus in Linz eine Operation notwendig. Eine Lungenentzündung war das Zeichen einer Infektion des ganzen Körpers mit Eitererregern. An dieser Blutvergiftung starb Josef Dametz am 21. September 1927.

Seinem Wunsche gemäß erfolgte seine Veraschung in Wien. Seine Asche wurde im Urfahrer Urnenfriedhof in einem Ehrengrab der Stadt Linz beigesetzt.¹³

PARTEI, PARTEIPRESSE UND GEWERKSCHAFT

Eine umfassende Geschichte der oberösterreichischen Arbeiterbewegung ist noch nicht geschrieben. Anton Weiguny, die zentrale Gestalt unter den Linzer Frühsozialisten, schildert in seiner Schrift „Erinnerungen eines Alten“¹⁴ aus eigenem Erleben die Anfänge der Sozialdemokratie in unserem Lande. Der Einigungskongreß der österreichischen Sozialdemokraten im Jahre 1888 in Hainfeld förderte auch in Linz das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und gab neuen Mut. In den neunziger Jahren bildete sich eine Reihe von Arbeitervereinen und Berufsorganisationen. Auch die Linzer Buchdrucker schlossen sich der Arbeiterbewegung an. Bereits nach Beendigung seiner Lehrzeit 1887 trat der junge Dametz in die Buchdruckerorganisation als Mitglied ein. 1889 war er Mitglied des Gehilfenausschusses, von 1902 bis 1907 bekleidete er den Posten eines Obmannes des Buchdrucker- und Schriftgießervereines. Auf Buchdruckertagen und -kongressen, bei Lohnverhandlungen, im Krankenhauswesen, im genossenschaftlichen Schiedsgericht, bei der Verbesserung der Lehrlings- und Hilfsarbeiterverhältnisse, überall war Dametz zum Wohle seiner Berufskollegen tätig.¹⁵

Im Jahre 1902 wurde ein Gewerkschaftssekretariat von einer Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes der Arbeitervereinigung im politischen Bezirk Linz errichtet. Josef Dametz bekam die Leitung übertragen. Im Bezirksverband waren zwanzig Berufsorganisationen mit ungefähr 1400 Mitgliedern vereint. 1905 entstand für das Gewerkschaftsleben in Oberösterreich eine Zentralstelle, als der Bezirksverband Linz in einen Landesverband umgewandelt wurde. Dametz arbeitete als Mitglied einer seit 1903 bestehenden Landes-Gewerkschafts-Kommission am Aufbau dieses Landesverbandes mit und wurde 1905 Landessekretär. Diese Stelle hatte er bis 1911 inne. Das rasche Aufblühen der Gewerkschaften war im wesentlichen ein Verdienst von Josef Dametz. Er erkämpfte die ersten

Lohnverträge für die Arbeiter und war Vorkämpfer für die Errichtung eines Gewerbegerichtes in Linz. Ende des Jahres 1925 betrug der Mitgliederstand der dem Landesverband angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen 65.864.¹⁶

Dametz war auch ein Förderer der sozialistischen Frauenbewegung. In Fabriken wie in der Linzer Tabakfabrik oder vor Textilarbeiterinnen in Kleinmünchen hielt er politische Vorträge und warb für die Gewerkschaft.

Zusätzlich zu diesen Funktionen übernahm Josef Dametz Aufgaben in der Partei als Wahl- und Versammlungsredner, als Kassier, Organisator und politischer Agitator im ganzen Lande. Seit 1906 gehörte er neben Weiguny, Spielmann, Neander, später mit Eduard Euller und Josef Gruber dem Landespartei Vorstand der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs an. Nach dem Tode Anton Weigunys 1914 wählte die Landesparteivertretung Josef Dametz zum 1. Vorsitzenden der oberösterreichischen Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei. Diese Position hatte Dametz bis zu seinem Tode inne.

Die Entwicklung und Repräsentation der Partei in der Ära Dametz im Gemeinderat und im Landtag sollen folgende Angaben verdeutlichen: Nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für den Gemeinderat spielte die sozialdemokratische Partei in der Linzer Gemeindepolitik eine führende Rolle. Bei der am 18. Mai 1919 durchgeführten ersten Wahl nach der neuen Wahlordnung erhielten die Sozialdemokraten auf Anhieb mit 33 Mandaten die absolute Mehrheit im Linzer Gemeinderat. Die Christlichsozialen konnten 17 Mandate und die Großdeutschen 10 Mandate erringen. Bei den Gemeinderatswahlen vom 24. Juni 1923 erhielten die Sozialdemokraten um 3500 Stimmen mehr, allerdings mit der 1923 noch vor der Wahl eingemeindeten Ortschaft Kleinmünchen. Mit 30 Mandaten blieben sie weiter die stärkste Partei im Linzer Gemeinderat. Bei der Gemeinderatswahl vom 24. April 1927 erreichten die Sozialdemokraten 32 Sitze gegenüber 28 Sitzen der Einheitsliste der Christlichsozialen, Großdeutschen und Nationalsozialisten.

Im oberösterreichischen Landtag sahen sich nach dem Umsturz die Vertreter der Arbeiterschaft einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber. Für 1919 ergab sich eine Mandatsverteilung von 38 Christlichsozialen bzw. 12 Großdeutschen zu 22 Sozialdemokraten. Nach den Wahlen von 1924, die Zahl der Abgeordneten zum Landtag war inzwischen von 72 auf 60 herabgesetzt worden, erreichten die Sozialdemokraten 16 Mandate, die Christlichsozialen 34 und die Großdeutschen 10 Sitze.

Der Mitgliederstand der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs stagnierte in den zwanziger Jahren trotz erhöhter Werbetätigkeit. Ende 1927 verzeichnete die Partei 37.000 männliche und 10.600 weibliche Parteimitglieder.¹⁷

Josef Dametz' Berufsarbeit und Partei- bzw. gewerkschaftliche Tätigkeit war eng verknüpft mit einem weiteren Aktionsbereich — dem der Parteipresse. Die führenden Köpfe der Partei erkannten früh, daß der Presse die Hauptaufgabe im Kampf um die Rechte der Arbeiter zufalle. Der Wert einer eigenen Parteizeitung zeigte sich besonders vor Wahlen. Um im Wahlkampf für die Reichsratswahlen am 27. Februar 1897 wirkungsvoller operieren zu können, entschlossen sich Weiguny und Genossen, ein eigenes Parteiorgan mit dem Titel „Wahrheit!“ zu schaffen. Die erste Nummer der „Wahrheit!“, ein „Organ zur Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze“, wie der Untertitel hieß, erschien am 5. Februar 1897. Der erste Satz der Zeitung lautete: *Zum erstenmal tritt die Sozialdemokratie Österreichs in den Wahlkampf.* Man kämpfte gegen *Grundadel, Geldsack und Pfafferei*.¹⁸ Redaktion und Verwaltung leiteten Spielmann und Weiguny, Dametz war von Anfang an Mitarbeiter des Blattes. Nach der täglichen Arbeit als Schriftsetzer in der Druckerei Wimmer schrieb er Artikel, meistens die Gemeindepolitik betreffend, er half aber auch bei der administrativen Ausgestaltung und im Kampf gegen finanzielle Sorgen und gegen die Zensur. Im Jahre 1919, anlässlich seiner Wahl zum Bürgermeister, schrieb Dametz im „Tagblatt“, rückblickend auf diese Zeit: *Zu ihrem Entstehen (gemeint ist die „Wahrheit!“) und weiterem Gedeihen beigetragen zu haben, erfüllt mich immer mit Freude*.¹⁹

Nach dem Tode Anton Weigunys zeichnete Josef Dametz mit Josef Gruber als Eigentümer und Herausgeber der „Wahrheit!“. Sie erschien im „Druck- und Verlagsgeschäft Gutenberg“ in Linz, Spittelwiese Nr. 5, als Tageszeitung (ursprünglich kam sie nur zweimal im Monat heraus).²⁰ Am 30. 12. 1915 erschien die „Wahrheit!“ zum letztenmal täglich, ab 2. Jänner 1916 als Wochenblatt.²¹ Als Tageszeitung wurde ab nun das „Tagblatt“, ein „Organ für die Interessen des werktätigen Volkes“, gedruckt. Zur „Wahrheit!“ gesellten sich noch weitere Wochenblätter, wie der „Salzkammergutbote“ und das „Vöcklabrucker Wochenblatt“. In der zweiten „roten Hochburg“ Oberösterreichs neben Linz, in Steyr, wurde in einer eigenen Parteidruckerei das „Steyrer Tagblatt“ herausgegeben.

Die Wochenblätter sollten auf dem flachen Lande den Kampf gegen die bürgerliche Presse aufnehmen. Die Gesamtauflage der sozialdemokratischen Zeitungen war in Oberösterreich mit 22.000 sehr gering im Vergleich

zur gegnerischen Presse. Das täglich erscheinende Landesparteiorgan „Tagblatt“ hatte 1923 eine Auflage von 8700, die bürgerlichen Zeitungen in Oberösterreich eine Gesamtauflage von 212.000.²² Die Parteileitung suchte die Schuld für diesen Mangel zum Teil in der andauernden Wirtschaftskrise, zum anderen Teil aber klagte man, daß die Parteigenossen und Arbeiter die Bedeutung der Presse noch nicht erkannt hätten. Die Parteidruckerei Gutenberg hatte mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, doch nicht nur diese allein. In der Sitzung des Landtages vom 30. 10. 1919²³ wurde ein neungliedriges Komitee gebildet, dem auch Dametz angehörte, das über Maßnahmen zu beraten hatte, die das Weitererscheinen der oberösterreichischen Zeitungen ermöglichen sollten bzw. für die gerechte Verteilung des Druckpapiers zu sorgen hatte. In der 25. Sitzung des Landtages vom 26. Mai 1920²⁴ nahm Dametz als Zeitungsfachmann zur Notlage der Zeitungen Stellung, wobei er das Problem der hohen Papierpreise hervorhob. Die Lage der sozialdemokratischen Presse blieb ernst. Ende 1926 hatte das „Tagblatt“ trotz Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage eine tägliche Auflage von 9200, die Wochenblätter von 8900, davon entfielen auf Linz-Stadt 5266 Abnehmer.²⁵ Auf dem Lande hatten die sozialistischen Zeitungen wenig Verbreitung gefunden. Außer den eigenen gab es in Oberösterreich allerdings auch noch andere sozialistische Zeitungen, vor allem aus Wien.

Dametz war bis zu seinem Lebensende Leiter der Buchdruckerei Gutenberg und Mitarbeiter seines Blattes, wenn er auch als Bürgermeister nicht mehr so viel Zeit aufbrachte, Artikel zu schreiben.

DAMETZ ALS KOMMUNALPOLITIKER

Im Linzer Gemeinderat von 1905 bis 1911

Das Jahr 1905 bezeichnete für Dametz den Beginn der Tätigkeit in der Gemeindepolitik. Er hatte schon seit 1897 mehrmals für Gemeinderats- und Landtagswahlen kandidiert, doch bei dem geltenden Wahlrecht hatten die Sozialdemokraten wenig Chancen. Das neue Gemeindestatut der Stadtgemeinde Linz von 1904 bot zum erstenmal die Möglichkeit, sozialdemokratische Mitglieder in den Gemeinderat zu entsenden. Die Wahlberechtigten wurden ab nun in vier Wahlkörper eingeteilt, wobei im vierten Wahlkörper diejenigen Bürger wählten, die für die Einreihung in den dritten Wahlkörper nicht die erforderliche Steuerleistung erreichten.²⁶

Der Gemeinderat umfaßte 48 Mitglieder, die auf die Dauer von 6 Jahren gewählt wurden. Die Erweiterung des Wahlrechtes änderte die Zusammensetzung des Linzer Gemeinderates wesentlich. Entscheidend für die Zukunft war, daß aufgrund der Wahl für den 4. Wahlkörper am 4. April 1905 zum erstenmal zehn Sozialdemokraten in die Gemeindestube einzogen, unter anderen Anton Weiguny, Josef Gruber, neben Dametz einer der Wortführer der zweiten Generation der Sozialdemokraten Oberösterreichs und spätere Landeshauptmann-Stellvertreter, und Josef Dametz, damals Gewerkschaftssekretär und Redakteur der Parteizeitung.²⁷ Als fleißiger Mitarbeiter in den verschiedenen Sektionen und Komitees des Gemeinderates konnte er sich wertvolle Sachkenntnisse und politische Praxis erwerben, die ihm für seine weitere politische Karriere, besonders als Bürgermeister, sehr zustatten kam.

Nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Linz wurden alle Gegenstände, bevor sie in der Plenarsitzung der Beschlußfassung unterzogen wurden, den hierfür eingesetzten Sektionen, Komitees und Einzelreferaten zur Vorberatung und Antragstellung zugewiesen. 1905 wurde Dametz vom Gemeinderat in die erste der vier Sektionen für Vermögens- und Rechtsangelegenheiten gewählt, bzw. 1907²⁸ und 1909 wiedergewählt,²⁹ da die Wahl in die Sektionen und die Einsetzung in die verschiedenen Komitees alle zwei Jahre erfolgte. Auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens war Dametz dank seiner frühen Tätigkeit in der ersten Sektion als Bürgermeister besonders versiert. Überdies war Dametz seit 1905 Mitglied des Volksfestkomitees, des Stadtregulierungskomitees, des Eisenbahn- und Krankenhausbaukomitees. Ab 1907 arbeitete Dametz auch im Verzehrungssteuer-Komitee und ab 1909 im Komitee für Wohlfahrtseinrichtungen.

Die Lage der sozialdemokratischen Mitglieder des Linzer Gemeinderates war nicht leicht, das Kräfteverhältnis zur Mehrheit der bürgerlichen Parteien stand 10 : 38. Beide Lager trennte eine tiefe weltanschauliche und politische Kluft, das gegenseitige Mißtrauen war eine Folge davon. Bei den Debatten im Plenum herrschte oft Kampf Stimmung und Gereiztheit. Die Sozialdemokraten übten die Taktik, durch extreme Forderungen in ihren Anträgen und scharfes Auftreten die gegnerischen Fraktionen zu beeindrucken und weich zu machen. Sie strapazierten die Nerven der Vertreter der Großkaufleute, Gewerbetreibenden und Doktoren der Majorität, indem sie vorgaben, die alleinigen Vertreter der sozialen Gerechtigkeit im Kampf gegen das die Armen ausbeutende Unternehmertum zu sein. Nicht selten ließ sich Dametz als einer der hitzigsten

Oppositionsredner im heiligen Zorn vom Thema abbringen, um in scharfen Attacken gegen die Majorität vorzugehen. Bei solchen Gelegenheiten mußte der Gemeinderat das gesamte sozialdemokratische Kommunalprogramm einschließlich Grundsatzserklärungen anhören. Zwei Beispiele mögen den Schlagabtausch zwischen sozialdemokratischer Minderheit und bürgerlicher Mehrheit veranschaulichen: In der Gemeinderatssitzung vom 31. Jänner 1906³⁰ verlangte Dametz in einem Antrag der Sozialdemokraten, daß in die Lieferbedingungen der von der Gemeinde vergebenen Arbeiten Arbeiterschutzklauseln aufgenommen werden sollten. Der Gewerkschafter Dametz setzte sich bei der Gelegenheit auch gleich für Lohntarife ein. Tarife seien kein Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages, sie seien vereinbarte Bedingungen, die durch Verhandlungen der Arbeitnehmer und -geber zustande gekommen seien. Der Gemeinderat sei nicht mehr nur der Vertreter des Unternehmerstandes, er habe die Interessen der ganzen Bevölkerung und aller Gesellschaftsschichten zu vertreten. Es entstand eine heftige Debatte, in der der deutschnationale Referent bemerkte, daß die Majorität von den Sozialdemokraten immer so hingestellt werde, als ob sie in die soziale Frage keinen Einblick hätte und rückständig sei. Dametz solle sich nicht allein für den mit sozialem Öl Gesalbten halten, auch die Majorität genüge ihrer sozialen Pflicht, aber nicht so einseitig wie Herr Dametz.

Noch stürmischer verlief die Sitzung vom 8. Februar 1911³¹ anlässlich der Präliminarberatung. Dametz ereiferte sich über die Ausgabenposten der städtischen Kassa betreffend die Funktionsgebühren des Bürgermeisters. Sie sollten von 6200 Kronen auf 10.000 Kronen jährlich erhöht werden mit der Begründung, daß die Repräsentationskosten gestiegen seien. Das erregte den Unmut von Dametz. Die Bürgermeisterstelle sei nicht eine Vertrauensstelle der gesamten Bevölkerung der Stadt, sondern in diesem Falle in erster Linie eine Vertrauensstelle der Partei der Majorität. Man werde also nur der Majoritätspartei tausende Kronen mehr zukommen lassen. Die Sozialdemokraten müßten auf dem Standpunkt stehen, daß sie zu der Majorität kein Vertrauen haben können. Der Geldmangel der Gemeinde sei groß. Dann wich Dametz immer mehr vom eigentlichen Debattegegenstand ab, sein sozialer Impetus und seine Beredsamkeit rissen ihn fort. Er schilderte das Los eines teilweise arbeitsunfähigen Arbeiters, dem nicht geholfen wurde. Die soziale Fürsorge der Gemeinde für ihre Arbeiter schaue schlecht aus. Daraufhin schilderte Dametz die miserablen Wohnverhältnisse, die hohe Kindersterblichkeit in Linz, die zum Teil auf die schlechten Wohnverhältnisse zurückgehe. 39 Prozent aller

Todesfälle seien durch Tuberkulose hervorgerufen, die Krankheit der armen Leute. *Da hören wir, daß die Gemeindemittel doch noch zu etwas langen: zur Erhöhung des Honorars für den Bürgermeister.* Dametz hielt nun Rückschau. 1905 seien Befürchtungen geäußert worden, was alles eintreten werde, wenn die Sozialdemokraten in den Gemeinderat eintreten werden. Das Bürgertum und die Besitzenden seien in Gefahr, die Sozialdemokraten werden den Ruin der Stadt herbeiführen. Inzwischen hätten die Sozialisten durch ihre Arbeit im Gemeinderat viel angeregt, was der Allgemeinheit zugute komme. Doch wie verhalte sich die Mehrheit? *Nicht die Wohnungsverhältnisse, nicht die Kindersterblichkeit, nicht die eigenen Beamten machen Ihnen Sorgen, sondern Ihre ganze Sorge wendet sich Ihren eigenen Bedürfnissen zu. Sie sind nur bedacht, eine reiche Dotierung für Ihren Parteimann herauszuschlagen.* Dametz beschwerte sich weiter, wie die Majorität die Minorität behandle. Man habe den Sozialdemokraten zu wenig Einfluß auf die Obmannstellen in den Sektionen und Komitees gewährt. Man behandle sie bei der Vergabung von Referaten als Gemeinderäte zweiter Güte, gut genug, um die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates herzustellen. Nach dem Zwischenruf des Gemeinderatsmitgliedes Dr. Ruckenstein: *Um Gottes willen, das gehört doch nicht hieher!* antwortete Dametz: *Jetzt ist's schon ein Ding, es geht in einem Aufwaschen.* Die Majorität rügte die Unsachlichkeit und die scharfe Vorgangsweise von Dametz. Er könne so in einer Wählerversammlung sprechen, aber nicht im Gemeinderat. Dr. Ruckenstein bemerkte dazu, es habe einmal ein ganz witziger Mann aus der sozialdemokratischen Partei sich die Bemerkung erlaubt: *Ja der Dametz, das ist der Haxlbeißer der Partei.* 1911 lief das Mandat von Dametz im Gemeinderat aus, und er mußte damit rechnen, nach der nächsten Wahl nicht mehr im Gemeinderat vertreten zu sein, was dann auch der Fall war. Die oben geschilderte Polemik kann als eine Art „Abschiedsgesang“ gewertet werden nach dem Motto: Jetzt habe ich vielleicht die letzte Gelegenheit, es den anderen zu sagen.

Bei all dieser Polemik im Gemeinderat darf aber nicht vergessen werden, daß in den Sektionen und Komitees sachlich gearbeitet worden ist. Dabei erwies sich Dametz immer wieder als Praktiker mit dem notwendigen Blick für Details. Der versöhnlich gestimmte Politiker Dametz vertrat immer wieder die Meinung, daß ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen Arbeitern und Unternehmern und ein gewisses Entgegenkommen der letzteren im Interesse beider Teile förderlich sei. Dieser um einen Ausgleich bemühte Wesenszug gewann im Bürgermeister Dametz

die Oberhand und brachte ihm den Ruf eines besonders sachlichen und ausgleichenden Politikers ein.

Im folgenden sollen die Probleme und Materien erwähnt werden, für die sich Dametz während seiner Tätigkeit im Linzer Gemeinderat zwischen 1905 und 1911 hauptsächlich einsetzte. Sehr am Herzen lag ihm die Frage des Baues von Arbeiterwohnungen. 1906 wurden vom Stadtbauamt eine Reihe von Typen von Arbeiterhäusern ausgearbeitet. Man beschloß, die Herstellung billiger Wohnungen im Laufe des Jahres 1906 in Angriff zu nehmen. Dametz betonte, es solle im Hinblick auf die allerärmste Bevölkerung bei der Fortführung des Programms Rücksicht genommen werden. Wegen Geldmangels der Gemeinde ging der Bau von Arbeiterhäusern nur schleppend vor sich, und es wurden nur wenige Häuser gebaut, obwohl Dametz und die Sozialdemokraten auch in den folgenden Jahren immer wieder zum Bau von Wohnungen drängten.³²

Auf dem Gebiet des Steuerwesens der Gemeinde lag vom Anfang an ein Schwerpunkt der Aktivitäten von Dametz. Als Mitglied des Verzehrungssteuer-Komitees kämpfte er gegen die Ausdehnung der Verzehrungssteuerlinie im Gemeindegebiet, da es dadurch zur Lebensmittelverteuerung komme. Die Sozialdemokraten waren grundsätzlich gegen jede indirekte Massensteuer, sie belaste nur die arme Bevölkerung und sei sozial ungerecht. Als Bürgermeister versuchte Dametz, das Abgabewesen der Gemeinde grundlegend zu reformieren.

Lange zog sich im Linzer Gemeinderat die Debatte um die Errichtung eines Gewerbegerichtes für die Landeshauptstadt hin. Dametz hatte sich schon als Gewerkschaftssekretär als Vorkämpfer für ein Gewerbegericht hervorgetan. Dem Landtag sollte ein Gemeindegutachten in dieser Frage übergeben werden. Die Handels- und Gewerbekammer hatte in ihrem Gutachten ein Gewerbegericht abgelehnt, auch die Mehrheit im Gemeinderat war dagegen. Dametz meinte, man müsse auch die Arbeiter befragen, nicht nur die Gewerbetreibenden, die unbegründeterweise dagegen seien. Ein Gewerbegericht trage zur Hebung des Rechtsbewußtseins bei. Der Antrag von Dametz, daß sich der Gemeinderat in einem Gutachten für die Errichtung eines Gewerbegerichtes aussprechen solle, wurde schließlich mit knapper Mehrheit angenommen.³³

Ein weiterer Programmpunkt der Sozialdemokraten war die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes. Ein fünfgliedriger „Arbeitsamtausschuß“, in dem auch Dametz aufgenommen wurde, sollte die Vorarbeiten dazu leisten.³⁴ 1907 besuchten Dametz und Gemeinderatsmitglied Schützenhofer im Auftrag der Gemeinde einen Verbandstag der Arbeitervermitt-

lungssämter in Wien. Am 1. Oktober 1907 konnte das städtische Arbeitsamt in Linz eröffnet werden.

In der Gemeinderatssitzung vom 31. Mai 1905³⁵ wurde ein sozialdemokratischer Antrag betreffend die Sonntagsruhe im Linzer Handelsgewerbe eingebracht mit der Forderung, der Gemeinderat solle beschließen, die oberösterreichische Statthalterei aufzufordern, daß sie eine Verordnung herausgebe, mit welcher das Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen werde. Tatsächlich trat ein Gesetz mit Wirksamkeit vom 1. November 1905 in Kraft, wodurch die zulässige sechsstündige Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe zunächst auf vier Stunden herabgesetzt wurde. Dametz und Genossen forderten daraufhin die vollständige Sonntagsruhe in allen Städten Oberösterreichs. Sie drängten den Gemeinderat, dementsprechend auf die Landesregierung einzuwirken.

Regen Anteil nahmen die Sozialdemokraten an der Frage der Vereinigung der Städte Linz und Urfahr. Sie wurde in einer vertraulichen Sitzung des Gemeinderates am 7. Juli 1909 gründlich erörtert. Die Vorteile einer Eingemeindung lägen, so wurde argumentiert, mehr auf ideellem Gebiet: es käme zu einem Ausgleich der Gegensätze und zu einer höheren Leistungsfähigkeit der dadurch entstehenden Großstadt und damit zu vermehrtem Ansehen. Der Gemeinderat beschloß, zur Vorbereitung des Gegenstandes und zur Pflege der hierüber erforderlichen Einvernahme mit der Stadtgemeinde Urfahr ein besonderes Komitee zu gründen, dem dann neben Bürgermeister Dr. Dinghofer und sieben anderen Gemeinderäten auch Josef Dametz angehörte. Das Komitee trat allerdings nicht in Aktion. Die Verhandlungen scheiterten an den Forderungen des Urfahrer Bürgermeisters Hinsenkamp, die Verzehrungssteuer nicht auf Urfahr auszudehnen. Die tatsächliche Eingemeindung von Urfahr erfolgte erst 1919.³⁶

Eine grundsätzliche Forderung der Sozialdemokraten war selbstverständlich das allgemeine Wahlrecht. Am 18. Oktober 1905³⁷ brachten sie im Gemeinderat einen Antrag ein, er solle an die Regierung das dringende Ersuchen richten, einen Reichsrat-Wahlreformentwurf auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes auszuarbeiten und dem Parlament sofort vorzulegen. Am 28. Oktober 1908³⁸ brachten Dametz und Genossen in der I. Sektion des Linzer Gemeinderates einen Antrag auf Abänderung des Gemeindestatutes und der Gemeindewahlordnung ein. Unter anderem wurde die Aufhebung des Wahlkörpersystems und die Wahl des Gemeinderates aufgrund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gefordert. Der Antrag

wurde von der I. Sektion abgelehnt, da das Gemeindestatut von Linz eines der freisinnigsten unter allen Statuten der großen Städte der Monarchie sei. In keiner Stadt sei der vierten Kurie ein so großer Einfluß eingeräumt wie in Linz. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ist von ihnen selbst als eine taktische Forderung dargelegt worden, daß der praktische Erfolg nicht groß sein werde, war den Sozialdemokraten klar.

Auch das leidliche Problem des Umbaues des Linzer Bahnhofes gehörte zu jenen Themen, die die Sozialdemokraten im Gemeinderat immer wieder anschnitten. Dametz hat dieses Problem bis zum Lebensende beschäftigt. Als Mitglied des Eisenbahn-Komitees bedauerte er bereits 1906, daß sich der Bau eines modernen Personenbahnhofes so lange hinausschiebe. Als der Linzer Gemeinderat in seiner Sitzung vom 10. Juli 1907³⁹ den Bau der Lokalbahn Linz—Eferding beschloß, knüpfte Dametz daran wieder die Hoffnung, daß auch der Umbau des Linzer Bahnhofes bald begonnen werden könne. Für den Bau der Eferdinger Lokalbahn setzte sich Dametz ebenfalls vehement ein und meinte, daß zum Wohle der Stadt Linz bald die Mittel zum Bau der Bahn zustande gebracht werden mögen. Nach langen Debatten um die Finanzierungsart konnte der Bahnbau 1910 begonnen werden.⁴⁰ Als späterer Präsident der Lokalbahn AG. hatte Dametz zum weiteren Ausbau der Bahn sehr viel beigetragen.

Große Bedeutung maß Dametz stets dem Wohlfahrts- und Bildungswesen zu. Eine grundsätzliche Stellungnahme hiezu erfahren wir anläßlich einer Debatte im Gemeinderat vom 3. Juni 1908,⁴¹ als sich Dametz gegen die Äußerungen des Referenten der I. Sektion wandte, der die Ansicht vertrat, die Gelder einer 15-Millionen-Kronen-Anleihe müßten so angelegt werden, daß sie sich rentierten, wie z. B. für Kasernenbauten. Schulbauten und Wohlfahrtseinrichtungen werfen wenig Verzinsung der dafür verwendeten Kapitalien ab. Dametz meinte, es sei unrichtig, zu behaupten, daß Schulbauten usw. nichts tragen. Sie tragen vielleicht finanziell nichts, nützen aber umsomehr indirekt den Finanzen der Stadt. Was sei die Schuld des Wohnungselends, und worin liege der Grund, daß für Krankenhäuser und Armenfürsorge so viel ausgegeben werden müsse? Schuld sei die Unterernährung im Volk und die Tuberkulose. Die Gemeinde müsse es eben schwer büßen, daß sie keine Wohlfahrtseinrichtungen besitze.

In allen Schul- und Kulturfragen war Dametz ein Anreger und Befürworter. Er betonte immer wieder die Wichtigkeit des gewerblichen Fortbildungsschulwesens. Viele Lehrlinge bekämen während ihrer vierjährigen Lehrzeit keine geistigen Anregungen. Die Buchdrucker hätten schon

seit 1907 einen Fachkurs mit bestem Erfolg eingeführt. In der Sitzung des Gemeinderates vom 15. Juli 1908⁴² wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Schaffung eines Landesgesetzes zur Regelung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens eingebracht und angenommen.

Im Februar 1911 fanden die Ergänzungs- und Ersatzwahlen in den Gemeinderat statt, da laut Gemeindestatut alle zwei Jahre im März ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder ausschied und durch Neugewählte aus den Wahlkörpern, von welchen die ausscheidenden Mitglieder gewählt worden waren, ersetzt wurde. 1911 traten jene Gemeinderatsmitglieder aus, deren Mandat durch Zeitablauf erloschen war, also vorerst alle jene, die vor sechs Jahren, das war 1905, mit sechsjähriger Funktionsdauer gewählt worden waren. Im vierten Wahlkörper schieden demnach u. a. auch Dametz, Weiguny und andere Sozialdemokraten aus. Bei den Wahlen des Jahres 1911 gelang es Dametz nicht, sich durchzusetzen. Die Sozialdemokraten gaben die Schuld hierfür den wahltaktischen Manövern der Bürgerlichen, wie sie bei dem damaligen Wahlrecht möglich waren.⁴³ Seine Arbeit in der Gemeindepolitik konnte Dametz erst nach dem Weltkrieg fortsetzen, als er im November 1918 in den provisorischen Gemeinderat gewählt wurde. In der Zwischenzeit widmete sich Dametz dem Aufbau der Parteidruckerei Gutenberg, die 1910 gegründet worden war, ferner der Partei- und Gewerkschaftstätigkeit.

Dametz als Vizebürgermeister und Bürgermeister der Stadt Linz
(1918—1927)

Am 16. November 1918 konstituierte sich der provisorische Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz. Bürgermeister Dr. Dinghofer und 34 Mitglieder des Gemeinderates hatten nach dem Zerfall der Monarchie ihr Mandat niedergelegt. Um die Arbeitsfähigkeit des Gemeinderates aufrechtzuerhalten, mußte er ergänzt und neu konstituiert werden. Die Mandatszahl wurde von 48 auf 57 erhöht. Eine Parteienvereinbarung hatte ergeben, daß diese Mandate auf drei Parteien wie folgt aufgeteilt werden sollten: 31 Deutschfreiheitliche, 19 Sozialdemokraten und 7 Christlichsoziale. Zu den Abgeordneten der Sozialdemokraten gehörten u. a. Josef Dametz, Buchdruckereileiter, Josef Gruber, Fachlehrer, Eduard Euler, Schriftsetzer, Josef Scherbantin, Lehrer usw. Bei der Wahl des Bürgermeisters fielen 47 Stimmen auf Karl Sadleder, Abgeordneten der deutschfreiheitlichen Partei. Bei der Wahl der zwei gleichberechtigten

Vizebürgermeister hatte man sich durch Vorbesprechungen auf Dr. Rukkensteiner und Josef Dametz festgelegt. Die Wahl erfolgte daher einstimmig. Dametz erklärte nach der Wahl: *Daß zum erstenmal ein Vertreter der Arbeiterschaft im Präsidium des Gemeinderates fungiert, erfüllt mich mit großer Genugtuung. Es beweist, daß wir im neuen Staat mit Fortschritten zu rechnen haben. Es beweist, daß auch der Arbeiterschaft der Aufstieg nicht verwehrt werden kann.*⁴⁴ Josef Gruber gab seitens seiner Fraktion die grundsätzliche Erklärung ab, daß sie zwar als Vertreter des zum Klassenkampf erzogenen Proletariats eine ganze Weltanschauung von den anderen Parteien trenne, doch sie seien zur gemeinsamen Arbeit im Dienste der Gesamtheit ohne abenteuerliche Bestrebungen bereit.

Umfangreiche Arbeit erwartete Dametz in den Sektionen, Komitees und Ausschüssen, in die er gewählt worden war, so z. B. als Obmannstellvertreter des Wahlreform-Ausschusses, des Eingemeindungs-Ausschusses, im Personalkomitee und in der zweiten Sektion für Bausachen und Angelegenheiten der städtischen Verwaltung. Außerdem war Dametz Mitglied des Lebensmittel-Versorgungsausschusses, im Stadtregulierungsausschuß, im Gaswerk-Verwaltungsausschuß, im Wohnungsfürsorgeausschuß, schließlich finden wir ihn noch als Obmann des Verzehrungssteuer-Ausschusses.⁴⁵

In der 10. Sitzung des provisorischen Gemeinderates am 11. April 1919 wurde der Entwurf der neuen Wahlordnung angenommen, nach dem auch für die Gemeindevertretung das allgemeine Wahlrecht gelten sollte. Damit wurde auch ein neues Gemeindestatut notwendig (vom 31. 5. 1920 mit Gültigkeit v. 1. 5. 1919). Die Zahl der Mitglieder des Gemeinderates wurde durch die Eingemeindungen von St. Peter 1915 und Urfahr 1919 auf 60 erhöht und die Mandatsdauer auf vier Jahre festgelegt. Paragraph 33 des neuen Statutes sah die Wiedereinführung des alten Stadtrates vor, bestehend aus dem Bürgermeister, dessen Stellvertretern und acht gewählten Gemeinderäten. Den Vorsitz und die Leitung hatte der Bürgermeister, die Mitglieder des Stadtrates wurden vom Gemeinderat aus seiner Mitte auf vier Jahre gewählt. Der Stadtrat war in allen Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Gemeindeverwaltung, die nicht dem Bürgermeister und dem Gemeinderat vorbehalten waren, beschließendes Organ.

Dametz war in der Zeit des provisorischen Gemeinderates vor allem im Personalkomitee beschäftigt. Er führte den Vorsitz in den vertraulichen Sitzungen, Personalangelegenheiten betreffend.

Am 18. Mai 1919 fanden die ersten Gemeinderatswahlen nach dem neuen Wahlrecht statt, wobei die Sozialdemokraten mit 33 Sitzen die absolute Mehrheit im Gemeinderat innehatten. Am 11. Juni 1919 trat der neue Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Erster Tagesordnungspunkt war die Wahl des Bürgermeisters. Altbürgermeister Sadleder eröffnete die Sitzung. Gemeinderatsmitglied Josef Gruber schlug für die Wahl zum Bürgermeister Josef Dametz vor. Von den 60 abgegebenen Stimmen entfielen 59 auf Dametz, eine Stimme war für Eduard Euler abgegeben worden. In einer Ansprache an die Mitglieder des Gemeinderates gleich nach der Wahl hob Dametz hervor, daß der neue Gemeinderat aufgrund eines neuen Wahlrechtes gebildet worden war, nach dem die gesamte Bevölkerung wahlberechtigt gewesen sei ohne Vorrechte von Besitz und Stand. Er fühle sich am Beginn einer neuen Zeit. Nach vielen Entbehrungen könne der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung begonnen werden. Als Schwerpunkte seiner Tätigkeit als Bürgermeister nannte er die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, den Wohnhausbau, den Ausbau der sozialen Fürsorge, die Reform des städtischen Steuerwesens, die Kommunalisierung wichtiger Produktionszweige zur Deckung der großen Ausgaben und eine gesteigerte Kulturpflege.⁴⁶

Als erstem Nachkriegsbürgermeister und erstem Bürgermeister aus der sozialdemokratischen Partei stand Dametz ein schwerer Weg bevor. Hungersnot, Arbeitslosigkeit, Wohnungselend und Inflation kennzeichneten die Zeitsituation. Für all das standen aber wenig Geldmittel zur Verfügung, die Gemeindekasse war leer. Schnelle Erfolge konnte man also kaum erwarten. Aufgrund der Eingemeindungen in den letzten Jahren war die Einwohnerzahl von Linz auf ca. 100.000 gestiegen. Die Großstadt erforderte eine weitblickende Gemeindepolitik. An Plänen, Initiative und Ausdauer fehlte es nicht. Entscheidende Bedeutung kam der Geldbeschaffung zu und damit auch der Steuerpolitik. Bei der tristen wirtschaftlichen Gesamtlage der Republik Österreich nach dem verlorenen Krieg und der Zerschlagung der Donaumonarchie standen die Aussichten für die Stadtgemeinde Linz nicht zum besten. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was dennoch alles geleistet werden konnte, ist es nötig, die wichtigsten Zweige der Gemeindepolitik in der Dametz-Ära zu beleuchten.

a) Das Abgabewesen:

Die Beseitigung des Kriegselends, der durch den Krieg entstandene Nachholbedarf, der Wohnbau und die Sozialfürsorge erforderten große

finanzielle Mittel. Die Erträge aus Steuern, Abgaben und Gebühren trugen in den ersten Nachkriegsjahren immer weniger ein, da die Krone bis 1923 rasch an Wert verlor und ein geordneter Überblick über die Einnahmen und Ausgaben fast unmöglich war. Auf der Suche nach Einnahmequellen blieb vorerst nur der Weg über Anleihen und Kredite offen. Damit konnte ein Teil des Wohnbaues und der Fürsorge finanziert werden, für den dringenden Ausbau der Verkehrswege reichten die Mittel nicht mehr. Neue Geldmittel versuchte man durch eine Reform des Steuerwesens zu bekommen. Erstrebenswert war vor allem der Ausbau der Steuerautonomie der Gemeinde, insbesondere wurde die Abhängigkeit des sozialistisch beherrschten Gemeinderates vom „Bauernlandtag“ in allen wichtigen finanziellen Angelegenheiten wie z. B. bei der Aufnahme größerer Darlehen als sehr hinderlich empfunden. Die Zusammensetzung des Linzer Gemeinderates selbst bestimmte zum Teil die Steuerpolitik der Gemeinde, da auf diesem Gebiet die bürgerliche Opposition naturgemäß andere Interessen vertrat als die Sozialdemokraten. Besonders nach den Gemeinderatswahlen von 1923 konnte die bürgerliche Opposition bei einem Kräfteverhältnis von 30 zu 30 Mandaten den Sozialdemokraten Schwierigkeiten bereiten. Die Vertreter des besitzenden Bürgertums wehrten sich z. B. gegen jede Besteuerung von Grund und Boden, Hausbesitz und Vermögen.

Bürgermeister Dametz vertrat von 1919 bis 1927 sowohl im Gemeinde- und Verfassungsausschuß als auch als Obmann im Finanzausschuß des oberösterreichischen Landtages die Interessen der Gemeinde und seiner Partei sehr wirksam. Er galt als Fachmann auf finanzpolitischem Gebiet, auf den man hörte. Als Mitglied der I. Sektion des Gemeinderates und Vertreter der Gemeinde im Bund deutscher Städte besuchte Dametz regelmäßig die Städtebundtage in Wien, wo in erster Linie die Finanzlage der Gemeinden besprochen wurde. Die sozialistische Musterstadt Wien ist durch die Vermittlertätigkeit von Dametz zum Vorbild für die Linzer Sozialdemokraten mehr denn je geworden. Das neue Bundesfinanzgesetz vom März 1922 brachte nach der Meinung der Sozialdemokraten für die Gemeinden nicht die erhoffte Hilfe. Man fühlte sich nach wie vor zu sehr von der Finanzpolitik des Bundes abhängig. Immerhin hoben sich ab Oktober 1922 aufgrund der Stabilisierung der Krone die Einnahmen der Gemeinden wieder. 1922 stellte die Gemeinde Linz im Landtag einen Antrag auf Ermächtigung im Sinne des Abgabenteilungsgesetzes, weitere Abgaben durch Beschluß des Gemeinderates auszusprechen.⁴⁷ Im Abgabenermächtigungsgesetz für die Stadtgemeinde Linz

vom 3. März 1922 wurde dem Wunsch der Gemeinde entsprochen. Es durften unter anderem Abgaben auf Flüssigkeiten und auf den Mietzins eingehoben werden. Bereits 1921 behandelte der Landtag eine Eingabe der Gemeinde betreffend Abänderung des Linzer Mietzinshellergesetzes und Einhebung einer Mietauflage, die ausschließlich für den Wohnungsbau bestimmt sein sollte.⁴⁸ Die Mietauflage förderte den Linzer Wohnungsbau wesentlich.

Schon vor dem 1. Weltkrieg kämpfte Dametz im Gemeinderat gegen die Linienverzehrungssteuer, die die arme Bevölkerung belastete. 1921 konnte die Annahme eines Gesetzes im Landtag erwirkt werden, die die Steuer durch eine Verbrauchsabgabe ersetzte. Sie war eine staatliche Steuer, die an die Gemeinde verpachtet wurde. Bemessen wurde der Verbrauch abgesetzter Warenmengen durch Unternehmen in Linz.⁴⁹

Die Linzer Sozialdemokraten strebten ferner an, die Gemeindeumlage zur Hauszinssteuer durch eine allgemeine Bodenwertabgabe zu ersetzen.⁵⁰ Die Bodenwertabgabe betraf die Besitzer von Baugründen und wurde von den Sozialdemokraten als sozial gerecht empfunden, da sie das Privateigentum besteuere. Im Gemeinderat gab es um diese Steuer heftige Debatten. Sie wurde schließlich in Linz einige Jahre eingehoben. Ende 1926 trat an ihre Stelle eine Wertzuwachsabgabe (Gesetz vom 22. 12. 1926). Es war eine gestaffelte Abgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften im Gemeindegebiet von Linz und sollte den Bodenwucher beschränken.

Das finanzielle Rückgrat der Stadtgemeinde bildete die Lohnabgabe, die Wohnungsabgabe und die Lustbarkeitsabgabe. Wenn auch die Gemeinde Linz nach 1923 bei der Finanzierung ihrer Vorhaben nicht mehr in dem Maße auf Darlehen und Kredite angewiesen war wie vorher und mehr laufende Budgetmittel zur Verfügung standen, so mußte sie dennoch immer wieder Dringlichkeitsanträge im Landtag betreffend die Aufnahme von Darlehen einbringen. Häufig wurden diese Anträge zwar angenommen, aber dann liegengelassen. Die ständigen Geldsorgen und der dornenvolle Weg der Geldbeschaffung verschlangen viele wertvolle Zeit und Energie, die Schulden sind besonders gegenüber dem Bund nicht viel weniger geworden. Was aber wurde mit diesen kargen Mitteln alles geleistet!

b) Das Bau- und Wohnungswesen:

Der soziale Wohnbau war, wie die ganze Fürsorgepolitik, nicht nur ein Bestandteil der sozialdemokratischen Gemeindepolitik, sondern vielmehr ein Gebot der Stunde, und das umso mehr, als das fast unlösbare Problem

der Arbeitslosigkeit damit eng verknüpft war: Man baute auch deshalb, um das Elend der Arbeitslosen zu mildern.

Die Wohnungsnot der Stadt Linz war nach dem 1. Weltkrieg erschütternd. Sie ergab sich zum Teil durch die vielen Zuwanderungen, besonders seit 1918, zum Teil dadurch, daß sich viele Unternehmungen nach dem Krieg in Linz niederließen. Außerdem war ein großer Nachholbedarf vorhanden, weil während des Krieges aus Materialmangel nicht gebaut wurde. Der Wohnraumbeschaffung standen fast unüberwindliche finanzielle Schwierigkeiten gegenüber. Es war klar, daß die Wohnungsfrage durch private Bautätigkeit bzw. von Baugenossenschaften allein nicht gelöst werden konnte. Nur der öffentliche Wohnbau konnte der Wohnungsnot beikommen, wobei Bund, Land und Gemeinden zusammenhelfen mußten. Doch der vom Staat 1921 geschaffene Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds war spärlich dotiert, und das Land Oberösterreich gab nur Notstandsauhilfen. Somit ruhte die Last des Wohnungsbaues vor allem auf dem Gemeindebudget. Die Mittel hierfür mußten vorwiegend durch Darlehensaufnahmen bei Banken aufgebracht werden. Die 1921 vom Gemeinderat beschlossene⁵¹ und vom Landtag bewilligte Mietaufgabe war durch die Inflation gefährdet. 1922 kostete ein Pflasterstein 700 Kronen, eine Wohnung 80 Millionen Kronen. 1919 ging die Gemeinde in notgedrungenenerweise bescheidenem Rahmen daran, selbst einfache Reihenhäuser und Kleinwohnungen zu bauen bzw. durch den Bau von Baracken und Adaptierung von Kasernen Notwohnungen zu schaffen. Damit verbunden waren billige Mietzinse, die Spekulationen mit Wohnungen wurden eingeschränkt. Darüber hinaus unterstützte die Gemeinde die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften auf verschiedenste Weise, wie durch billigen Grundverkauf aus Gemeindebesitz, durch Gewährung von Baukrediten aus Anleihen der Gemeinde, durch Gewährung von Steuererleichterungen und ähnlichem.

Am 12. Juli 1922 wurde in einer großen Vertrauensmännerversammlung der Linzer Arbeiter eine gemeinnützige freigewerkschaftliche Baugenossenschaft gegründet. Jedes der 7000 Gründungsmitglieder verpflichtete sich, mindestens ein Prozent seines Lohnes der Genossenschaft als Darlehen zur Verfügung zu stellen.⁵² Stadtrat Dr. Schneeweiß stellte im Gemeinderat den Antrag, daß die Stadt Linz als Mitglied mit 10 Millionen Kronen Beteiligung beitrete und ihr in der Katastralgemeinde Lustenau Gemeindegrund für den Bau von Kleinwohnhäusern überlasse. Die Opposition stellte fest, daß die Baugenossenschaft eine sozialdemokratische Gründung sei, da aber die Wohnungsnot so groß sei, stimme

die Opposition dafür, obwohl sie sich vor vollendete Tatsachen gestellt fühle.⁵³

Die Gemeindeverwaltung wurde, was das Bauwesen betraf, im Sinne der neuen Anforderungen reorganisiert. Seit 1919 gab es eine Wohnungsaufnahmekommission zur Aufnahme der heranziehenden Wohnungen für Wohnungsbedürftige. Das Bauamt war seit 1920 direkt dem Bürgermeister unterstellt. 1921 wurde eine Wohnungskommission eingesetzt gemäß der Wohnungsanforderungsverordnung vom 13. Oktober 1921 (LGBl. Nr. 134). Laut Verordnung hatte vom 1. Dezember 1921 an jede vermietete Wohnung in der Gemeinde Linz mit Ende des bestehenden Mietvertrages als angefordert zu gelten.⁵⁴ 1923 waren in einer Häuser- und Wohnungskartothek ein großer Teil der Linzer Häuser und Wohnungen aufgenommen. Sie gab der Stadtgemeinde die Möglichkeit der Kontrolle über den Wohnungsmarkt. Als die Wohnungsanforderungsverordnung am 31. Dezember 1925 auslief, kam es in Linz zu Demonstrationen von Arbeitern. Sie befürchteten, daß der Hausherrnwillkür nun Tür und Tor geöffnet sei, da die Hausbesitzer wieder das Recht hatten, über ihre Wohnungen frei zu verfügen. Ein Antrag auf Verlängerung der Verordnung wurde im Gemeinderat angenommen.

Wie schon erwähnt, mußte sich die Gemeinde zunächst darauf beschränken, Notwohnungen zu errichten. Das Bauamt griff schon 1918 auf Kasernen zurück (Artilleriekaserne, Pionierkaserne, Landwehreinfanteriekaserne), außerdem wurden Barackenwohnungen gebaut, z. B. die Riegelwandbauten in Urfahr, Baracken in der Katzenau, Am Damm usw. Von 1919 bis 1921 konnten 1123 Wohnungen geschaffen werden, das war jedoch nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein. 1921 plante die Stadtverwaltung ein großes Wohnbauvorhaben mit 1000 Wohnungen an der Franck- und Wimhölzelstraße. Ein siebengliedriges Baukomitee wurde gewählt, das die Vorbereitung der Bauausschreibungen besorgen und in allen Fragen, die mit der Bauausführung zusammenhingen, Entscheidungen treffen sollte. Als Obmann wurde Bürgermeister Josef Dametz gewählt.⁵⁵ Bald kam jedoch die Gemeinde in Geldschwierigkeiten. Aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds wurde ein Bauvorschuß gewährt. 1922 übergab die Gemeinde die fast fertigen Bauten (20 Häuser) der freigewerkschaftlichen Baugenossenschaft. Im Sommer 1923 waren 100 Wohnungen fertig. Aufgrund der Wirtschaftskrise waren die Eigenmittel der Baugenossenschaft gering, sie mußte die Häuser nach ihrer Fertigstellung wieder der Gemeinde Linz zurückgeben, die für die Schulden aufkommen mußte. Insgesamt wurden 160 Kleinwohnungen erbaut. Die durchschnittliche Woh-

nungsgröße betrug 60 Quadratmeter (zwei Zimmer und Küche). Zwischen 1922 und 1924 baute die Gemeinde außerdem 18 Kleinwohnhäuser in Lustenau, 123 Wohnungen in der Garnisonstraße und 136 Wohnungen auf den Kaufleitnergründen.⁵⁶

Die Stadtgemeinde war Mitglied des Oberösterreichischen Landesverbandes gemeinnütziger Bau- und Wohnungsgenossenschaften, dem noch vier weitere Baugenossenschaften angehörten, und zwar die Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Staatsbeamte, die Baugenossenschaften „Baureform“, „Heimstätte“ und „Familie“.⁵⁷ Diesen gemeinnützigen Baugenossenschaften stellte die Gemeinde laufend Baugründe zur Verfügung. Ferner gab die Gemeinde Kredithilfe, dafür konnte sie Einfluß auf die Mietzinshöhe nehmen. Den Bauten, die zwischen 1919 und 1920 erbaut worden waren, gewährte die Gemeinde Gemeindeumlagenfreiheit.

Ab 1926 kam die private Bautätigkeit der Baugenossenschaften mehr in Schwung, weil der Bund, das Land und die Gemeinde Linz größere Kredite gewährten. So wurde 1926 den gemeinnützigen Baugenossenschaften aus Krediten der Gemeinde eine Million Schilling für die Errichtung von Wohnbauten zur Verfügung gestellt.⁵⁸ Mit diesen Mitteln sollten 120 Mietwohnungen und 90 Einfamilienhäuser erbaut werden. Das Land Oberösterreich stellte ebenfalls einen Baukredit in der gleichen Höhe zur Verfügung. 1927 gab es in der Stadt Linz noch 600 Elendsfälle.

Im Gemeindevoranschlag für 1927 war aufgrund eines Kontokorrentkredites der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Höhe von 18 Millionen Schilling ein erweitertes Investitionsprogramm vorgesehen, wovon 2,8 Millionen für Wohnbauten bereitgestellt werden sollten, der Rest war für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, für Kanalerstellungen und für die Ausgestaltung der städtischen Unternehmungen vorgesehen.⁵⁹ Im Sommer 1927 war Baubeginn für drei Reihenhäuser mit 36 Wohnungen (Zimmer, Küche, Kabinett) an der Franckstraße, von 20 Kleinwohnhäusern am Fuchselgut und am Turm 25 und 140 dreiräumigen Wohnungen an der Weißenwolfstraße nächst dem Evangelischen Krankenhaus, alle Bauten im Rahmen des städtischen Wohnhausbaues. Weiters beteiligte sich die Gemeinde Linz am Bau von Wohnungen für Bundesangestellte an der Unionstraße.⁶⁰

In der Gemeinderatssitzung vom 11. Mai 1927⁶¹ gab Bürgermeister Dametz einen Rückblick auf die Wohnbautätigkeit in Linz, die allgemein anerkannt werde. Seit Kriegsende seien 1254 Wohnungen geschaffen worden, dazu kämen noch 588 durch Umbauten. Die neuen Siedlungs-

bauten in den Randgebieten der Stadt machten Straßenneubauten bzw. Straßenverlängerungen und deren Kanalisierung notwendig. So wurden die Knabenseminarstraße und die Hoppichlerstraße begonnen, verlängert wurden die Derfflingerstraße, die Prinz-Eugen-Straße, die Ringstraße, der Durchbruch der Bethlehemstraße zum Graben erfolgte, Asphaltierungen, Straßenverbreiterungen und Regulierungen wurden durchgeführt. Hand in Hand damit ging der Ausbau der Kanalisierung z. B. der äußeren Wiener Reichsstraße, der Freistädter Straße und der Linken Brückenstraße. 1925 wurden die wichtigsten Straßen der Linzer Innenstadt mit elektrischer Straßenbeleuchtung versehen.

Im Zusammenhang mit der Bautätigkeit der Gemeinde muß auch das städtische Ziegelwerk erwähnt werden. In der Sitzung vom 19. März 1919 wurde von der I. und II. Sektion des Gemeinderates der Antrag gestellt, zum Zwecke der Hebung der Bautätigkeit und zur Bekämpfung der Wohnungsnot das Angebot der Herren Franz Obermeir und Leo Weiss auf Pachtung ihrer Ziegelei in Haag und Gaumberg anzunehmen. Der Pachtvertrag wurde noch im selben Jahr geschlossen. 1920 konnte mit der Ziegelproduktion begonnen werden. Die städtischen Wohnhausbauten, vor allem die Notstandsbauten, wurden mit billigeren Ziegeln beliefert. Die Stadt mußte allerdings zur Sanierung der Ziegelei viel Geld investieren. Da auf die Dauer die Ziegelei nicht produktiv geführt werden konnte und die Bilanz stets Verluste aufwies, wurde 1927 der Pachtvertrag wieder gelöst.⁶²

c) Das Verkehrswesen:

Mit Eifer setzte sich Bürgermeister Dametz allezeit für den Ausbau des Verkehrs in Linz und Oberösterreich ein. Er wollte die Landeshauptstadt durch den Ausbau der Nah- und Fernverkehrswege in ein leistungsfähiges Verkehrsnetz einweben. Viele große Pläne auf diesem Gebiet blieben für Dametz jedoch nur Wunschtraum, da das wenige Geld in erster Linie für noch dringendere Zwecke verwendet werden mußte. So war es ihm nicht mehr vergönnt, den Bau des Linzer Personenbahnhofes, einer Donaubrücke, eines Donauhafens oder gar eines Flugplatzes zu erleben.

Die Linzer Bahnhofsmisere gab es schon vor dem I. Weltkrieg. Der alte Bahnhof wurde 1859 erbaut, damals zählte die Stadt 28.000 Einwohner. Inzwischen waren neue Bahnlinien eröffnet worden (z. B. die Pyhrnbahn) und die Stadt war auf 100.000 Einwohner angewachsen. Der Bahnhof entsprach weder baulich noch, was die Gleisanlagen betraf, der wirtschaft-

lichen Ausbreitung der Stadt. Der Umbau des Frachtenbahnhofes konnte 1920 beendet werden. Es blieben zwei brennende verkehrstechnische Probleme: der Ausbau des Personenbahnhofes und, damit verbunden, die Straßenunterführung in der Wiener Reichsstraße. Seit 1912 gab es einen Plan dafür, der erst 25 Jahre später verwirklicht wurde. Dametz hat in der Angelegenheit des Bahnhofumbaues oft in Wien vorgesprochen. Die Antwort war, daß Studien gemacht werden würden, daß aber aus Geldmangel ein gegenwärtiger Baubeginn nicht möglich sei. Mit verschiedensten Argumenten versuchte man bei den Wiener Zentralstellen Gehör zu finden: Der trostlose Zustand des Personenbahnhofes schade dem Ruf der Stadt als der drittgrößten des Bundesgebietes, die Fortsetzung des Bahnhofumbaues sei auch ein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu vermindern.⁶³ Nach 1920 konnte nur eine geringfügige bauliche Tätigkeit durchgeführt werden.

Ebenfalls mit großem persönlichen Einsatz betrieb Josef Dametz den Umbau bzw. die Erweiterung der alten Donaubrücke. Auch in dieser Angelegenheit sprach er mehrmals in Wien vor und verwies auf den schlechten Zustand der alten Brücke. Wieder waren die finanziellen Schwierigkeiten unüberwindlich. Ähnlich erging es dem Hafenprojekt, dem in Hinblick auf den Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanales besondere Bedeutung beigemessen wurde. Mit dem Hafenbau verbunden war der Plan eines neuen Umschlagbahnhofes im Anschluß an den Winterhafen. Der Plan einer Donauüberbrückung bei Plesching wurde in diesem Zusammenhang erwogen. Mit Bezug auf das Hafenprojekt förderte Dametz den Ausbau des Ostens des Linzer Stadtgebietes. Ein Mittel zur Erschließung dieses Gebietes war die Ausgestaltung des Wirtschaftshofes.

Zum Ausbau der Donau-Verkehrsachse gehörte auch das Projekt des Baues einer Donauuferstraße von Passau nach Linz im Anschluß an die Straße von Eferding nach Linz. In der Landtagssitzung vom 5. Dezember 1924⁶⁴ stellte Dametz diesbezüglich einen Antrag. Projektierung und Kostenvoranschlag sollten sofort in die Wege geleitet werden. Der Antrag wurde jedoch im Landtag nicht weiterbehandelt, daher kam Dametz ein Jahr später als Sprecher des Straßenausschusses wieder auf den Straßenbauplan zu sprechen. Er argumentierte, es läge auch im Interesse der Donauuferorte, die vom Verkehr abgeschnitten seien, daß die Straße gebaut werde, vor allem aber sei die Straße notwendig für Linz und den internationalen Verkehr. Den Bau der Straße erlebte Dametz nicht mehr.

Wie sehr Dametz Verkehrspolitik im Interesse seiner Heimatstadt betrieb, zeigen seine Bemühungen um den Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Als Mitglied des Eisenbahnkomitees im Linzer Gemeinderat und des Landes-Eisenbahrates im öö. Landtag entwickelte er auf diesem Gebiet viel Initiative. Schon seit längerer Zeit bestanden mehrere Pläne für den Bau von Bahnen in das verkehrsarme Mühlviertel. 1909 arbeitete ein Aktionskomitee, in dem auch Dametz tätig war, an den Plänen für den Bau einer schmalspurigen Lokalbahn von Linz über Pregarten und Unterweißenbach nach Langschlag. Trotz Projektierung als Schmalspurbahn scheiterte die Ausführung am Geldmangel.

Im Oktober 1918 gab das Eisenbahnministerium einem Aktionskomitee, in dem sich auch Dametz befand, die Bewilligung, technische Vorarbeiten für den Bau einer elektrischen Schmalspurbahn von Linz über Hellmonsödt und Zwettl nach Leonfelden mit einer Abzweigung nach Gallneukirchen vorzunehmen. Am 4. Oktober 1919 kam ein Vorentwurf des Bauplanes vom Staatsamt für Verkehrswesen an die oberösterreichische Landesregierung.⁶⁵ Schwierige Bodenverhältnisse (die Strecke durch den Haselgraben hatte den Charakter einer Gebirgsbahn) und hohe Baukosten gefährdeten den Bahnbau von vornherein. Noch 1927 setzte sich der Linzer Gemeinderat vergebens für die Verwirklichung dieses eher undurchführbaren Projektes ein.

In diesem Zusammenhang sei auch der Bau des Kraftwerkes in Partenstein erwähnt. Es sollte den elektrischen Strom für die Bahn nach Leonfelden liefern, ebenso für die Mühlkreisbahn, deren Elektrifizierung ins Auge gefaßt wurde. Außerdem sollte das Kraftwerk zur Stromversorgung von Linz dienen. Das Kraftwerk wurde zwischen 1919 und 1924 mit Finanzbeteiligung der Stadtgemeinde Linz erbaut. Viele Jahre widmete sich Dametz dem Wohle der Lokalbahn von Linz über Eferding nach Waizenkirchen, die 1912 eröffnet worden war und für deren Bau sich Dametz bereits in seiner Gemeinderatszeit zwischen 1905 und 1911 eingesetzt hatte. Mit Sitzungsbeschluß des Gemeinderates vom 11. Juli 1919⁶⁶ wurde Dametz in den Verwaltungsrat der Lokalbahn Linz—Eferding—Waizenkirchen AG als Vertreter der Stadtgemeinde Linz entsendet. Einen Monat später hat er auch die Stelle des Präsidenten des Verwaltungsrates der Lokalbahn AG übernommen und bis zu seinem Tode innegehabt. Drei Fünftel der Lokalbahn, die von Stern und Hafferl betrieben wird, gehörten der Gemeinde Linz. Die Bedeutung dieser Bahn für die Landeshauptstadt war besonders in den Kriegs- und Nachkriegsjahren groß, gewährte sie doch die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln aus dem Eferdinger Becken. Oft mußte Dametz seinen Einfluß geltend machen, daß die Gemeinde zum Teil mit erheblichen Opfern durch Kreditgewäh-

rung helfend einsprang, um die nötigen Fahrbetriebsmittel aufzubringen. Er trat dafür ein, daß das Gesellschaftskapital im Jahre 1919 von 2,5 Millionen Kronen auf 9,5 Millionen Kronen durch Ausgabe von 35.000 Stück Prioritätsaktien aufgestockt wurde.⁶⁷

d) Die Fürsorgepolitik:

In der Fürsorgepolitik leistete die Stadtgemeinde Linz in Anbetracht der bescheidenen Mittel, die zur Verfügung standen, das Äußerste; sie wurde mustergültig ausgebaut. Das gilt vor allem für die Armen- und Jugendfürsorge. Letztere wurde im städtischen Jugendamt, das bereits 1917 geschaffen worden war, zusammengefaßt und ab 1919 Jahr für Jahr ausgebaut.⁶⁸ Der Gemeinderat wählte aus seiner Mitte einen Jugendfürsorgeausschuß, der die Arbeit des Jugendamtes regelte. Es besorgte Vormundschaftsangelegenheiten, Armenfürsorge für Minderjährige, bot Jugendgerichtshilfe und führte eine Berufsberatung ein. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 1. Dezember 1919 wurde die Armenpflege für Kinder und Jugendliche aus dem Wirkungskreis des Armenrates einem neu geschaffenen Erziehungsrat des städtischen Jugendamtes zugewiesen, dessen Befugnisse im neuen Armenstatut festgelegt wurden, das am 1. Jänner 1920 in Kraft trat und als vorbildlich gelten konnte. Obmann des Erziehungsrates war Bürgermeister Josef Dametz, der in der ersten Sitzung vom 20. Jänner 1920 als die grundsätzlichen Aufgaben des Erziehungsrates die Heilung der Schäden, die die lang andauernden unglücklichen Zeitverhältnisse der Jugend zugefügt haben, nannte.⁶⁹ Im einzelnen bestand die Hilfe in der Unterstützung der in Linz wohnenden Minderjährigen, in der Gewährung von Stipendien, Medikamentenausgabe, Gewährung von Erziehungsbeiträgen, Besorgung von Lehrplätzen, der Unterbringung verwahrloster Kinder in Erziehungs- bzw. Waisenhäusern. Das Jugendamt übernahm auch noch andere Agenden der Jugendfürsorge, wie die ärztliche pflegerische Elternberatung, die Schaffung von Mutterberatungsstellen, Kindergärten und Ausspeisungen. Mit Gemeinderatsbeschluß vom 24. Juni 1925 wurde eine eigene Erziehungsberatungsstelle als Unterabteilung des Jugendamtes errichtet. Sie sollte die Beratungsstelle für schwer erziehbare Kinder werden. Bei straffällig gewordenen Jugendlichen besorgte ein Jugendaufsichtsamt das Einvernehmen des Jugendamtes mit der Polizei und mit dem Gericht. Das Jugendaufsichtsamt unterstand der Polizeidirektion und amtierte im Jugendamt. Es hatte in erster Linie vorbeugende und schützende Funktion.⁷⁰

Die städtische Armenfürsorge für Großjährige oblag laut Armenstatut dem Armenrat, bestehend aus Mitgliedern des Gemeinderates und Vorständen der Pfarren; Obmann war der Bürgermeister. Linz wurde in Armeninspektorate und Armenbezirke eingeteilt. Die Betreuung der Armen erfolgte einerseits in der offenen Armenpflege durch Bargeldunterstützung, Naturalien, Verschaffung von Arbeit, ärztlichen Beistand, in der geschlossenen Armenfürsorge durch Aufnahme in die städtische Armenanstalt.

Zur Armenfürsorge kann auch der Ausbau der Linzer Volksküche gezählt werden. Mit Beschluß des Stadtrates vom 9. 12. 1919 wurde die Volksküche vom Volksküchenverein, der sich auflöste, übernommen und im Interesse der armen Bevölkerung rasch ausgebaut, was nicht zuletzt der persönlichen Initiative von Dametz zu verdanken war, dem die Wohlfahrtspflege besonders am Herzen lag.

Die Arbeitslosigkeit war eine der Hauptursachen der herrschenden Armut dieser Zeit. Die Bemühungen der Stadt Linz, für die Arbeitslosen Arbeitsplätze zu schaffen, sind ebenfalls ein Teil der Armenfürsorge. Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung für nach Linz zuständige erwerbsfähige, der Armenfürsorge anheimfallende Personen, sogenannte Fürsorgearbeiter, wurde eine eigene Arbeitsfürsorgestelle errichtet.

e) Die Gemeindebetriebe:

Wenn von bedeutenden Leistungen der Gemeindepolitik in der Dametzära geschrieben werden soll, so darf das, was nach 1919 zum Ausbau der Linzer städtischen Betriebe geleistet wurde, nicht unerwähnt bleiben. Die Modernisierung des Gaswerkes und der Ausbau des Wirtschaftshofes müssen hier in erster Linie genannt werden. In der Gemeinderatssitzung vom 30. Juli 1919 beschloß der Gemeinderat der Stadtgemeinde Linz, einen Kommunalisierungs-Ausschuß zu gründen.⁷¹ Er sollte sich mit der Ausgestaltung der Gemeindewirtschaft beschäftigen nach dem Prinzip der Vergesellschaftung der Produktions- und Güterverteilung, d. h. weg von der individualistischen Wirtschaftsform. Die Gemeinde sollte sich durch eigene Wirtschaftsbetriebe vom Gewinnstreben der Privatunternehmen unabhängig machen.

Der Tätigkeitsbereich des Kommunalisierungs-Ausschusses, der aus 24 Mitgliedern im Verhältnis der Parteien von 14:6:4 bestand und dessen Obmann der Bürgermeister war, erstreckte sich auf die Vorbereitung, Beratung, Beschlußfassung und Antragstellung an den Gemeinderat auf dem Gebiete des Kommunalisierungswesens.

Mit der Entwicklung und Ausgestaltung des Wirtschaftshofes der Stadt Linz war Josef Dametz von Beginn an aufs engste verknüpft. In der Stadtratsitzung vom 20. Jänner 1920⁷² übernahm er das Referat des Wirtschaftshofes und organisierte und plante in den folgenden Jahren bis in die Einzelheiten den Ausbau dieses für eine große Stadt so wichtigen Betriebes. Als eigenes Unternehmen der Gemeinde Linz existierte der Wirtschaftshof seit Oktober 1919. Bis dahin gab es nur einen Brennstofflagerplatz an der Goethestraße, der zum Lebensmittelamt gehörte. Während des Krieges und nach dem Krieg herrschte großer Mangel an Holz und Kohle. Die Gemeinde mußte sich um die Beschaffung und Verteilung dieser wichtigen Güter kümmern. Alle damit verbundenen Aufgaben wurden einem Beamten des Bauamtes, Paul Hahn, dem späteren Direktor des Wirtschaftshofes, übertragen. Mit der Brennstoffbesorgung und -verteilung war der Ausbau des städtischen Transportwesens verbunden. Garagen und Stallungen waren an verschiedenen Orten der Stadt untergebracht, der Lagerplatz an der Goethestraße erwies sich bald als zu klein. Daher reifte November 1918 der Plan, alle in der Hand des Bauoberverwalters Paul Hahn gelegenen Wirtschaftszweige an einen Ort zu konzentrieren.⁷³ Als geeignetes Objekt wurde die im Besitz der Heeresverwaltung befindliche Trainkaserne, ein Verpflegungsmagazin des Militärs an der Derfflingerstraße 10, ausersehen. Gleichzeitig bemühte sich die Gemeinde um die Erwerbung des gegenüber der Trainkaserne gelegenen Grundkomplexes samt den darauf befindlichen Betonhallen. Letztere waren zur Errichtung von Reparaturwerkstätten, Garagen und für ein Zentralmateriallager bestimmt. Nach langwierigen Verhandlungen und vielen Interventionen von Dametz in Wien gelang der Gemeinde im Jänner 1921 eine große Transaktion, in der die gesamten Objekte in den Besitz der Gemeinde übergingen im Tausch gegen städtische Bauobjekte.⁷⁴ Zunächst mußte die Gemeinde viel investieren, um die durch den Krieg vernachlässigten Gebäude dem neuen Verwendungszweck anzupassen. Bald erwies sich der Wirtschaftshof, der sich trotz finanzieller Schwierigkeiten gut entwickelte, als eine unentbehrliche städtische Einrichtung mit großem wirtschaftlichen Wert. Er wurde wie ein Privatbetrieb nach kaufmännischen Grundsätzen geführt und mußte wie jeder andere Betrieb Gemeindeabgaben entrichten.

1922 wurde der Wirtschaftshof unter der Firmenbezeichnung „Gemeinde Linz — Städtischer Wirtschaftshof“ handelsgerichtlich protokolliert. Die Prokura besaßen Josef Dametz und Paul Hahn, der eng mit dem Referenten des Gemeinderates zusammenarbeitete, aber im übrigen selbständig

handelte und direkt dem Präsidium unterstellt war. Das Arbeitsfeld des Wirtschaftshofes umfaßte die Kehrrichtabfuhr, Fäkalienabfuhr, das Straßenspritzen, den Fuhrwerksdienst für den städtischen Bedarf, die Zentralbeschaffungsstelle für alle notwendigen Materialien und Gegenstände, den Lagerhausbetrieb, Speditionsbetrieb, Brennstoffhandel, Werkstätten, Garagen und die Leichenbestattung. Ein Schotterbetrieb war dem Wirtschaftshof angegliedert. Mehrere Stadtrandgründe wurden zum Zwecke der Futterbeschaffung für die Pferde bewirtschaftet. Schließlich stellte der Wirtschaftshof auch Notwohnungen auf (z. B. in der Katzenau) und führte die Hausmeisterei über Notwohnungen mit mehr als tausend Parteien (z. B. für die Riegelwandbauten im Hühnersteig). Der Speditionsbetrieb, die Lagerplatzvermietung an Private sowie der Brennstoffhandel warfen für die Gemeinde Gewinne ab.

Bis 1927 vermehrte sich das Kapital des Wirtschaftshofes, bei voller Betriebsausnützung konnten Überschüsse erzielt werden, wenn auch in einigen Jahren kein Reingewinn abfiel, wobei zu berücksichtigen war, daß der Wirtschaftshof ohne den Vorzug eines Monopolbetriebes wie das Wasser- und Gaswerk arbeitete und mit vielen Konzessionen im stillen für die Gemeinde belastet war. Er war, wie Dametz stolz betonte, ein sich selbst erhaltender Wirtschaftskörper der Stadtgemeinde. Sein besonderer Wert lag in der Übernahme wichtiger Gemeindeaufgaben, die die Gemeinde von den Unzulänglichkeiten privater Betriebe unabhängig machte. Für Bürgermeister Josef Dametz war der Wirtschaftshof ein Beweis für richtige kommunale Entfaltung. Darüber hinaus verfolgte er mit dem Ausbau dieses Unternehmens die Erschließung des Ostens der Stadt Linz, der eine befruchtende gewerbliche Tätigkeit nötig hatte.⁷⁵ In einem früheren Kapitel dieses Aufsatzes ist bereits erwähnt worden, daß in diesen Zusammenhang die Pläne eines Hafenprojektes und der Errichtung eines Flughafens gehören.

Ein „Ruhmesblatt für die Gemeindeverwaltung“ nannte der langjährige Direktor des Städtischen Gaswerkes in Linz, Dipl.-Ing. Philipp Imhof, den Ausbau des Linzer Gaswerkes in der schweren Nachkriegszeit.⁷⁶ 1913 ging das Gaswerk in den Gemeindebesitz über. Nach dem Krieg mußte sich die Gemeinde entschließen, das abgewirtschaftete Gaswerk zu sanieren. Der ursprüngliche Plan einer Verlegung des Werkes in ein stadtfernes Gebiet bzw. ein Neubau am Stadtrand mußten angesichts der wirtschaftlichen Not fallengelassen werden. Daher mußte man sich auf eine Erweiterung und Modernisierung des Betriebes beschränken, was unter großen finanziellen Opfern etappenweise erfolgte.

In der Gemeinderatssitzung vom 12. April 1921⁷⁷ erfolgte der Beschluß zum Ausbau des Gaswerkes und zum Kauf einer Schrägkammerofenanlage. Das Kernstück der Erneuerung bildete die Ersetzung der alten Horizontal-Retortenöfen durch diese modernen Öfen. Sie erlaubten die beste Wirtschaftlichkeit bei größter Vermeidung des teuren und anstrengenden Handbetriebes. Weitere Vorteile waren: weniger Rauchentwicklung, Wegfall der Nacht- und Sonntagsarbeit und weniger Lärm. Die Gasausbeute in den alten Retortenöfen betrug 7 Prozent, in den neuen Schrägkammeröfen 35 Prozent, die Koksausbeute lag bei 70 Prozent gegenüber 8 Prozent bei den alten Öfen. Die Finanzierung wurde durch Anleihen und Kredite vorgenommen.⁷⁸ Zur Sicherung der finanziellen Forderungen der Münchner Ofenbaufirma mußte ein Pfandrecht auf den städtischen Schlachthof eingeräumt werden. Im Februar 1922 konnten zwei Öfen mit je zwei Kammern in Betrieb genommen werden. Aufgrund der guten Erfolge und der Zunahme des Gasbedarfes entschloß man sich noch 1922, mit dem Bau von zwei weiteren Öfen zu beginnen. Der Bau eines 40 Meter hohen Schornsteines wurde damit zusätzlich nötig. Die an die neuen Öfen dazugebauten weiteren Öfen hatten fünf Kammern, sodaß schließlich neun Kammern zur Verfügung standen. Damit war der wichtigste und kostspieligste Umbau erfolgt. Im November 1923 gingen die neuen Öfen in Betrieb. Die Finanzierung dieser zweiten Ausbautappe wurde durch die Inflation besonders erschwert, da die Kronenentwertung damals ihren Höhepunkt erreicht hatte. Beträge, die schon für andere Zwecke, z. B. für die Ziegelei, reserviert waren, mußten zum Teil für das Gaswerk umgebucht werden.

Trotz des Umbaues und der Kronenentwertung war das Gaswerk bald eine gute Einnahmequelle für die Gemeinde. Vor allem die wertvollen Nebenprodukte, wie Koks, Teer, Ammoniak und besonders die Benzolgewinnung, waren gewinnbringend. 1922 wurde als wesentliche Ergänzung des Gaswerkes eine Benzolgewinnungsanlage errichtet. Der Mangel an Motorbetriebsstoffen ließ dies als dringlich erscheinen.

Auch das Gasrohrnetz erfuhr eine Verbesserung. Seit 1926 ging man auf Hochdruckleitungen über, um größere Rohrdurchmesser zu vermeiden. Da ab 1925 die Beleuchtung immer mehr elektrisch wurde, wandelte sich das Gaswerk allmählich von einer Lichtzentrale zu einer Wärmezentrale (Kochgas). Der Gasverbrauch stieg in Linz ständig an.⁷⁹

Aus betriebsökonomischen Gründen faßte man 1921 den Entschluß, das Wasserwerk mit dem Gaswerk zusammenzulegen.⁸⁰ Der Firmenwortlaut wurde von „Gemeinde Linz — Städtisches Gaswerk“ umgeändert in

„Gemeinde Linz — Städtisches Gas- und Wasserwerk“. 1924 erfolgte der Anschluß der städtischen Zentralwerkstätten am Südbahnhof. Sie nahmen alle Reparatur- und Erneuerungsarbeiten an den städtischen Gebäuden vor. Ab 24. Juli 1925 bekam der gesamte Betriebskomplex den Namen „Gemeinde Linz — Technische Werke“ und umfaßte drei Betriebszweige: Gaswerk, Wasserwerk, Installationswerk. In den Bereich des Installationswerkes fielen auch die maschinentechnische Leitung der der Gemeinde gehörigen Betriebe, Anstalten und Werkstätten.

Das Wasserwerk in Scharlinz wurde ebenfalls modernisiert. 1921 ersetzten vier Turbinenpumpen die alten Dampfkolbenpumpen. Dadurch und durch die Verlegung eines zweiten Hauptdruckrohres vom Scharlinzer Pumpwerk zu einem Hauptknotenpunkt des Verteilernetzes konnte die Fördermenge erhöht werden.⁸¹

Zu den Anstalten der Gemeinde Linz gehörte neben dem Versorgungshaus das Allgemeine Krankenhaus als Anstalt ohne Selbstkostendeckung (Anstalten der Gemeinde mit Selbstkostendeckung waren der Schlachthof und die Volksküche). Der drückende Raummangel des Krankenhauses konnte behoben werden, als es der Gemeinde gelang, 1923 das angrenzende Garnisonsspital auf 25 Jahre zu pachten. Wie bei vielen anderen Projekten der Gemeinde führte Josef Dametz in Wien diesbezüglich langwierige Verhandlungen betreffend den Ankauf des Garnisonsspitals durch die Gemeinde Linz. Da die Regierung gegen einen Ankauf war, wurde schließlich ein Pachtvertrag geschlossen.⁸² In den folgenden Jahren wurde das Allgemeine Krankenhaus, das das Gemeindebudget sehr belastete, modern ausgestaltet.

f) Kultur- und Bildungswesen:

In einer Zeit der Not, des Elends, in der die Sorge um die Befriedigung elementarer Bedürfnisse, wie Essen, Wohnen und Arbeit im Vordergrund stand, sind kulturelle Belange zunächst zweitrangig und zusätzlich gehemmt durch Geldmangel wie alles in der Nachkriegszeit. Die Gemeinde vernachlässigte jedoch die Kulturpolitik keineswegs. Bibliotheken, Schulen und das Theater erlangten im Rahmen des Möglichen jedwede Förderung. Mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. Juli 1919⁸³ wurde in Linz ein Kommunalstatistisches Amt errichtet. Mit dem Amt war die Leitung des Stadtarchives und seit 1921 der Stadtbibliothek verbunden. Amtsleiter Dr. August Zöhrer begann alle Bestände des Stadtarchivs zusammenzufassen, zu ordnen und neu aufzustellen. In einem seit 1921 erscheinenden, von Bürgermeister Dametz angeregten Amtsblatt

erschieden regelmäßig statistische Berichte neben Berichten über die Gemeinderatssitzungen, über die Entscheidungen des Stadtrates und anderen kommunalen Nachrichten. Aus Geldmangel konnte allerdings nicht alles statistische Material veröffentlicht werden.⁸⁴

Für die Stadtbibliothek ist dank des persönlichen Einsatzes des Bürgermeisters Dametz im Winter 1920/21 Raum geschaffen worden im ersten Stock des an das Rathaus anstoßenden, von der Gemeinde gekauften ehemaligen Gasthofes „Zur Stadt Frankfurt“. Dort wurde im früheren großen Speisesaal die Bibliothek aufgestellt und 1925 noch einmal räumlich erweitert. Schlecht bestellt war es um die Linzer Studienbibliothek. Sie befand sich in einem desolaten Bauzustand. Ein Neubau dieser Bibliothek stand schon lange auf der Wunschliste des Bücherfreundes Josef Dametz. Oft sprach er von der großen Bedeutung der Bibliotheken für die Öffentlichkeit. Die Geldmittel fehlten jedoch. 1922 wurde die Studienbibliothek in die Bundesverwaltung übernommen, 1924 mußte sie wegen Baufälligkeit vorübergehend gesperrt werden.⁸⁵

In einer langen finanziellen und künstlerischen Krise befand sich das Linzer Theater. 1921 mußte es vorübergehend geschlossen werden. Die geringe Unterstützung, die das Land und die Stadtgemeinde Linz gewähren konnten, reichten für einen ordentlichen Betrieb nicht aus. 1926 fand die Theaterkrise ein Ende. Die künstlerischen Anstrengungen einer neuen Direktion hatten beim Publikum Anerkennung gefunden, die Gemeinde gab Barsubventionen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens ist die hervorragendste Leistung der Gemeinde die Übernahme des Mädchenlyzeums (Frauenoberschule) in der Körnerstraße vom Lyzealverein in den Besitz der Gemeinde im Jahre 1920. Damit konnte diese höhere Schule vor dem finanziellen Untergang gerettet werden. Einen zähen Kampf führte Dametz um den Neubau des Bundesrealgymnasiums, das in den Räumen der Allgemeinen Sparkasse notdürftig untergebracht war. Das Bundesministerium genehmigte 1926 den Neubau. Die Gemeinde Linz stellte unentgeltlich 7000 Quadratmeter Grund dem Bund zur Verfügung.⁸⁶ September 1927 wurde das neue Gebäude eröffnet. Der Bürgermeister hatte diesen großen Augenblick nicht mehr erleben können.

Die Vielseitigkeit der Interessen von Josef Dametz zeigen seine Bemühungen um die Belebung des Sportgedankens. Er selbst stand an der Wiege der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in Oberösterreich, als er 1903 Mitbegründer des Linzer Arbeiter-Turn- und Sportvereines war. 1926 errichtete Linz das erste Stadtamt für Leibeserziehung.⁸⁷

IM OBERÖSTERREICHISCHEN LANDTAG (1918—1927)

Von 1918 bis 1927 gehörte Josef Dametz dem oberösterreichischen Landtag an. Als Bürgermeister von Linz sah er vorrangig seine Aufgabe darin, die Interessen der Stadtgemeinde Linz gegenüber dem Land Oberösterreich zu vertreten, wozu sich reichlich Gelegenheit bot, da zu allen wichtigen Entscheidungen der Gemeinde die Zustimmung des Landtages nötig war. Unterstützung fand Dametz in seinen Bemühungen in seinem langjährigen Kampfgenossen und Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Gruber, der der Wortführer der sozialdemokratischen Fraktion in der Landesversammlung war. Von gegenseitiger Wertschätzung war das Verhältnis des Linzer Bürgermeisters zu Landeshauptmann Johann Nepomuk Hauser geprägt, der stets eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeiterklasse suchte. Tatsächlich zeigte die christlichsoziale Mehrheit des Landtages viel Verständnis für die schwierige Lage der Stadt Linz, trotz aller Differenzen, besonders auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens.

Zu den Mitgliedern der provisorischen Landesversammlung, die am 18. November 1918 nicht durch Wahlen, sondern durch gemeinsam getroffene Vereinbarung der einzelnen Parteien zusammengetreten war, gehörte mit 14 anderen Parteigenossen Vizebürgermeister Dametz.⁸⁸ Seine erste Tätigkeit in der Landesversammlung war die Antragstellung als Berichterstatter des Wahlreform- und Verfassungsausschusses betreffend die Gemeindewahlordnung der Landeshauptstadt Linz. Die vom Gemeinderat der Stadt in der Sitzung vom 11. April 1919⁸⁹ beschlossene Wahlordnung mit allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht wurde als Gesetz angenommen. Die provisorische Landesversammlung trat zwischen 18. November 1918 und 24. Mai 1919 neunmal zu Sitzungen zusammen.

Dem auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes am 23. Juni 1919 in seine XII. Wahlperiode und ab 2. Juli 1925 in seine XIII. Wahlperiode eintretenden Landtag gehörte Josef Dametz nun bis zu seinem Tode 1927 an. Im Landtag war er wiederum in verschiedenen Ausschüssen tätig, vor allem im Finanz- und im Gemeinde- und Verfassungsausschuß, ferner war er langjähriger Mitarbeiter im Landeseisenbahnrat und im Kuratorium des Gewerbeförderungsinstitutes, ab 1925 Ersatzmann im Schulausschuß. In der 1. Sitzung des öö. Landtages der XIII. Wahlperiode vom 2. Juli 1925 wurde der sozialdemokratische Abgeordnete zum Landtag, Eduard Euler, zum Bundesrat gewählt und gleichzeitig Bürgermeister und Abgeordneter zum Landtag, Josef Dametz, als Ersatzmann nominiert.⁹⁰

Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Reden und Anträge von Dametz im Landtag die Themen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, Steuerprobleme und Darlehensanträge der Gemeinde Linz. Davon war bereits in den einzelnen Kapiteln zur Gemeindepolitik die Rede. In der 7. Sitzung des öö. Landtages vom 20. April 1923⁹¹ stand der Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses betreffend die Eingemeindung von Kleinmünchen auf der Tagesordnung. Bereits in der Gemeinderatsitzung vom 7. Dezember 1922⁹² debattierte man ausführlich das Für und Wider der Eingemeindung des Industrievorortes von Linz, wobei Dametz und Genossen für eine möglichst rasche Eingemeindung noch vor den nächsten Gemeinderatswahlen vom 26. Juni 1923 eintraten, die Opposition die Eingemeindung aber verzögern wollte. Der Antrag der Sozialdemokraten im Linzer Gemeinderat wurde in der Sitzung vom 9. März 1923⁹³ mit 31 gegen 27 Gegenstimmen angenommen. In der oben zitierten Landtagssitzung ging es darum, die Zustimmung der Landesversammlung zur Eingemeindung von Kleinmünchen zu erhalten, die durch das energische Eintreten der sozialdemokratischen Abgeordneten auch erlangt wurde. Die Argumente für die Eingemeindung waren vor allem wirtschaftlicher Natur: Die Steuerkraft des Industrieortes sei ein Aktivposten für die Stadtgemeinde. Dametz meinte, daß eine zweckmäßige, geordnete Verbauung von Linz erst durch die Einbeziehung von Kleinmünchen in den Bebauungsplan der Stadt möglich werde.

Mit Hauser und Dametz starben im Jahre 1927 zwei große oberösterreichische Politiker der Zwischenkriegszeit. Beiden wird nachgesagt, daß sie mit reichem Wissen und unermüdlicher Arbeitskraft zum Wohle des Landes und der Stadt Linz wirkten und, mit der Gabe zu beruhigen und auszugleichen, erfolgreich um einen Ausgleich der politischen Gegensätze bemüht waren.

Zusätzlich verwendete Abkürzungen

- GRP = Gemeinderatsprotokolle
- LPR = Landtagsprotokolle
- Spez. = Spezialakten
- Mat. = Materie

Anmerkungen

- ¹ Tagblatt Nr. 136 v. 15. 6. 1919: „Im Wandel der Zeiten“ (Erinnerungen und Bekenntnisse von Josef Dametz).
- ² Pfarre St. Matthias in Linz, Taufbuch, Tom. VI., pag. 2619.
- ³ Brief vom 3. 10. 1890, Privatbesitz Fritz Dametz.
- ⁴ Tagblatt Nr. 136 v. 15. 6. 1919.
- ⁵ Zeugnisse im Privatbesitz von Fritz Dametz.
- ⁶ Briefe von Josef Dametz, Privatbesitz von Fritz Dametz.
- ⁷ Aussage von Fritz Dametz.
- ⁸ Tagblatt Nr. 136 v. 15. 6. 1919.
- ⁹ Ebenda.
- ¹⁰ Zeugnis v. 4. 6. 1898 der Druckerei Wimmer, Privatbesitz von Fritz Dametz.
- ¹¹ Pfarre St. Matthias in Linz, Heiratsbuch, Tom. VI—VII., pag. 2276.
- ¹² Aussage von Fritz Dametz.
- ¹³ Tagblatt v. 23. 9. 1927.
- ¹⁴ Anton Weiguny, Erinnerungen eines Alten, Linz 1911.
- ¹⁵ Tagblatt Nr. 222, 1927.
- ¹⁶ Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs für die Zeit vom 1. 7. 1925—31. 12. 1926. Bibliothek der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Linz.
- ¹⁷ Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs für die Zeit vom 1. 7. 1923—30. 6. 1924 und vom 1. 7. 1924—30. 6. 1925 bzw. Bericht der Landesparteivertretung der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs an den Landesparteitag in Linz am 24. und 25. 3. 1928, Berichtszeitraum vom 1. 1.—31. 12. 1927.
- ¹⁸ Wahrheit Nr. 1 v. 5. 2. 1897.
- ¹⁹ Tagblatt Nr. 136 v. 15. 6. 1919.
- ²⁰ Wahrheit Nr. 8 v. 12. 1. 1915.
- ²¹ Wahrheit Nr. 297 v. 30. 12. 1915. Als Wochenblatt 20. Jg., Nr. 1 v. 2. 1. 1916.
- ²² Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs für die Zeit vom 1. 7. 1922—30. 6. 1923, Linz 1924, S. 16.
- ²³ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 8. Sitzung v. 30. 10. 1919.
- ²⁴ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 25. Sitzung v. 26. 5. 1920.
- ²⁵ Tätigkeitsbericht 1922/23, a. a. O. S. 25.
- ²⁶ Die Gemeindevertretung der Stadt Linz vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart, Linz 1968, S. 28.
- ²⁷ AStL, Rechenschaftsbericht des Gemeinderates 1905, S. 27.
- ²⁸ AStL, GRP. 1907, 18. (konstituierende) Sitzung v. 15. 5. 1907.
- ²⁹ AStL, GRP. 1909, 14. (konstituierende) Sitzung v. 26. 5. 1909.
- ³⁰ AStL, GRP. 1906, 5. Sitzung v. 31. 1. 1906.
- ³¹ AStL, GRP. 1911, 4. Sitzung v. 8. 2. 1911.
- ³² AStL, GRP. 1906, 9. Sitzung v. 28. 2. 1906. Siehe auch Fritz Mayrhofer, Franz Dinghofer — Leben und Wirken. In: HistJbL 1969, S. 65.
- ³³ AStL, GRP. 1905, 29. Sitzung v. 27. 9. 1905.
- ³⁴ Ebenda.
- ³⁵ AStL, Rechenschaftsbericht des Gemeinderates 1905, S. 153.
- ³⁶ Mayrhofer, a. a. O. S. 60, dazu auch Rudolf Altmüller, Die Linzer Eingemeindungen. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Landeshauptstadt Linz, Linz 1965.
- ³⁷ AStL, GRP. 1905, 32. Sitzung v. 18. 10. 1905.
- ³⁸ AStL, GRP. 1908, 30. Sitzung v. 28. 10. 1908.

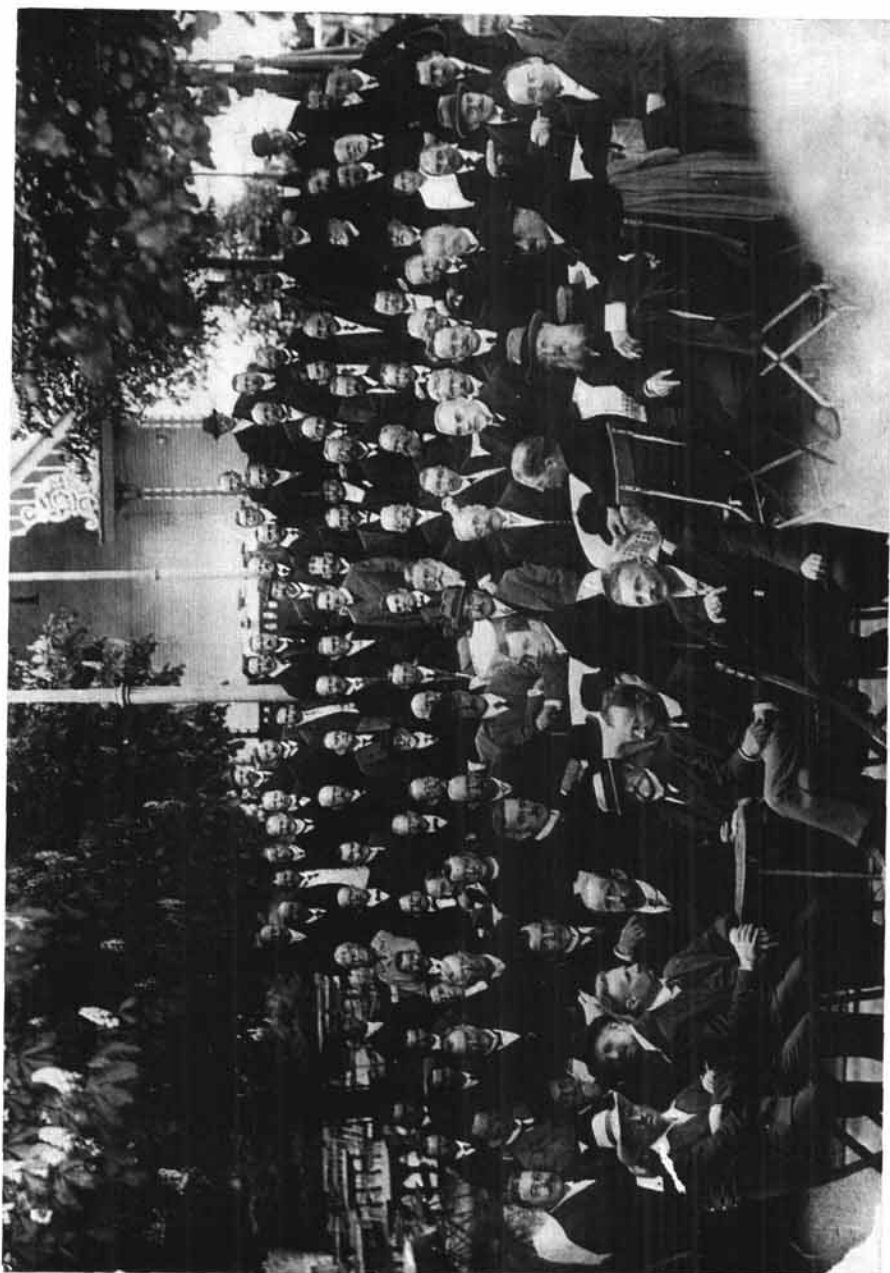
- ³⁹ AStL, GRP. 1907, 25. Sitzung v. 10. 7. 1907.
- ⁴⁰ Mayrhofer, a. a. O. S. 40 f., ferner Franz Aschauer, Oberösterreichs Eisenbahnen. Geschichte des Schienenverkehrs im ältesten Eisenbahnland Österreichs, Wels 1964 (Schriftenreihe der OÖ. Landesbaudirektion, Bd. 18).
- ⁴¹ AStL, GRP. 1908, 20. Sitzung v. 3. 6. 1908.
- ⁴² AStL, GRP. 1908, 25. Sitzung v. 15. 7. 1908.
- ⁴³ Tagblatt Nr. 223 v. 27. 9. 1927.
- ⁴⁴ AStL, GRP. 1918, 1. Sitzung v. 16. 11. 1918.
- ⁴⁵ AStL, GRP. 1918, 2. Sitzung v. 25. 11. 1918.
- ⁴⁶ AStL, GRP. 1919, 1. Sitzung v. 11. 6. 1919.
- ⁴⁷ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 5. Sitzung v. 18. 5. 1922.
- ⁴⁸ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 43. Sitzung v. 17. 3. 1921.
- ⁴⁹ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 45. Sitzung v. 27. 4. 1921.
- ⁵⁰ AStL, Spez. Mat. 33, Sch. 178.
- ⁵¹ AStL, GRP. 1921, 3. Sitzung v. 10. 2. 1921.
- ⁵² Tätigkeitsbericht 1922/23, a. a. O. S. 33.
- ⁵³ AStL, GRP. 1922, 9. Sitzung v. 19. 7. 1922.
- ⁵⁴ AStL, Spez. Mat. 33, Sch. 181.
- ⁵⁵ AStL, GRP. 1921, 9. Sitzung v. 10. 6. 1921.
- ⁵⁶ AStL, Spez. Mat. 33, Sch. 181.
- ⁵⁷ AStL, Spez. Mat. 33, Sch. 177.
- ⁵⁸ AStL, GRP. 1926, 3. Sitzung v. 5. 3. 1926.
- ⁵⁹ AStL, GRP. 1927, 2. Sitzung v. 16. 2. 1927.
- ⁶⁰ AStL, GRP. 1927, 4. Sitzung v. 28. 3. 1927.
- ⁶¹ AStL, GRP. 1927, 7. Sitzung v. 11. 5. 1927.
- ⁶² AStL, Spez. Mat. 33, Sch. 187.
- ⁶³ AStL, Spez. Mat. 37, Sch. 229.
- ⁶⁴ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 12. Sitzung v. 5. 12. 1924.
- ⁶⁵ AStL, Spez. Mat. 37, Sch. 204.
- ⁶⁶ AStL, GRP. 1919, 4. Sitzung v. 11. 7. 1919.
- ⁶⁷ AStL, Spez. Mat. 37, Sch. 227.
- ⁶⁸ AStL, Spez. Mat. 32, Sch. 152.
- ⁶⁹ AStL, Reg. Bd. 147.
- ⁷⁰ AStL, Spez. Mat. 32, Sch. 152.
- ⁷¹ AStL, GRP. 1919, 5. Sitzung v. 30. 7. 1919.
- ⁷² AStL, StRP. 1920, 4. Sitzung v. 20. 1. 1920.
- ⁷³ AStL, Reg. Bd. 187.
- ⁷⁴ AStL, GRP. 1921, 1. Sitzung v. 11. 1. 1921.
- ⁷⁵ AStL, Spez. Mat. 33, Sch. 194.
- ⁷⁶ Philipp Imhof, 80 Jahre Gaswerk Linz — 25 Jahre städtisches Gaswerk, Linz 1938, S. 27.
- ⁷⁷ AStL, GRP. 1921, 6. Sitzung v. 12. 4. 1921.
- ⁷⁸ AStL, Spez. Mat. 22, Sch. 48.
- ⁷⁹ Imhof, a. a. O. S. 22.
- ⁸⁰ AStL, GRP. 1921, 17. Sitzung v. 2. 12. 1921.
- ⁸¹ AStL, Spez. Mat. 22, Sch. 63.
- ⁸² AStL, GRP. 1923, 1. Sitzung v. 12. 1. 1923.
- ⁸³ AStL, GRP. 1919, 5. Sitzung v. 30. 7. 1919.
- ⁸⁴ AStL, Spez. Mat. 9, Sch. 12.
- ⁸⁵ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 45. Sitzung v. 27. 4. 1921.
- ⁸⁶ AStL, GRP. 1926, 3. Sitzung v. 5. 3. 1926.
- ⁸⁷ Erwin Stein, Die Städte Deutschösterreichs, 1. Bd., Linz 1927.

- ⁸⁸ OÖLA, Berichte über die Verhandlungen der provisorischen Landesversammlung, 1. Sitzung v. 18. 11. 1918.
- ⁸⁹ AStL, GRP. 1919, 10. Sitzung v. 11. 4. 1919.
- ⁹⁰ OÖLA, LPR., XIII. Wahlperiode, 1. Sitzung v. 2. 7. 1925.
- ⁹¹ OÖLA, LPR., XII. Wahlperiode, 7. Sitzung v. 20. 4. 1923.
- ⁹² AStL, GRP. 1922, 13. Sitzung v. 7. 12. 1922.
- ⁹³ AStL, GRP. 1923, 4. Sitzung v. 9. 3. 1923.



Bürgermeister Josef Dametz

(Archiv)



Vizebürgermeister Dametz (3. Reihe, 5. von rechts) zwischen dem Linzer Bürgermeister Sadleder (mit Hut) und dem Urfahrer Bürgermeister Dr. Hinsenkamp bei der Eingemeindungsfeier von Urfahr im Garten des Hotels Pöstlingberg am 31. Mai 1919.
(Aus: R. Altmüller, Die Linzer Eingemeindungen, Taf. 14)